Ein paar Gedanken zum „Danni“ – ein Bericht

Zuerst veröffentlicht unter: https://arbeiterinnenmacht.de/2020/12/09/ein-paar-gedanken-zum-danni-ein-bericht/

Lars Keller

Vorbemerkung: Am 08. Dezember fielen mit dem Barrio „Oben“ die letzten Baumhäuser im „Danni“. Ende November war ich für einige Tage dort gewesen, als noch 4 – 5 Barrios der Rodung standhielten. Dieser Bericht erinnert an diese Zeit.

Woodcracker (Fällgreifer, teils mit Greifersäge) schneiden Bäume, als wären es Grashalme, werfen sie gleich einem Mikadospiel zu Boden. Die Kettensägen der Harvester (Holzvollernter) kreischen. Nach 20 Sekunden ist eine eben noch stattliche Tanne entastet, geschält und zerteilt. Hunderte Cops stehen hinter Bauzäunen und NATO-Draht. Sie gewähren den schweren Forstmaschinen Geleit, haben selbst mächtige Wasserwerfer, Räumpanzer und Teleskopbühnen mitgebracht. Keine 10 Meter von fallenden Fichten entfernt, in 20 Metern Höhe, klammern sich die letzten Baumhäuser und mit ihnen einige Aktivist_Innen des Barrios „Morgen“ an Buchen und Eichen fest, die vermutlich älter sind als alle Menschen, die an ihren Wurzeln stehen.

Der Mensch, der in meiner Hörweite die Parents for Future durch den Wald führt, erklärt: „Laut Gesetz muss bei Baumfällungen die doppelte Baumlänge als Sicherheitsabstand eingehalten werden.“ Es ist offensichtlich, dass Bullen und Baumfäller_Innen darauf scheißen. Ein_E Aktivist_In wird über mir ins Baumhaus geholt Sie hatte sich außerhalb des Fensters über dem Abgrund festgeklammert, dem SEK den Einsatz schwerer machen wollen. Immerhin: Hier, wo die „Zivilgesellschaft“ sie beobachtet, benehmen sich die Cops einigermaßen. Ich denke an die Geschichten von brutal Weggeschleppten, von getretenen Aktivist_Innen, von im Baumhaus Zusammengeschlagenen und an voreilig oder vorsätzlich zerschnittene Seile, an denen

Menschenleben hingen.

Inhalt im Wald

Vom „Morgen“ aus laufe ich tiefer in den Dannenröder Wald, kraxle durch eine in junge Buchen geschlagene Lichtung, bin bald in „Oben“ angekommen. Hier hatte vor 15 Monaten die Besetzung begonnen, hier wird sie enden. Auf der Suche nach den Inhalten einer heterogenen, anarchistisch dominierten Bewegung stolpere ich durch die Barrios, lese die aufgehängten Transparente. „Carpitalismus“ lese ich irgendwo, mit Anarchie-A – eine Anspielung auf die Macht der kapitalistischen Autoindustrie. Ansonsten finde ich vieles gegen Cops, Kapitalismus, Autobahn und Nazis; Flüche gegen die Grünen, ihren hessischen Minister für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Wohnen, Al-Wazir, und Bundesverkehrsminister Scheuer gibt‘s auch. Feminismus, das Leben einer Utopie, die Schönheit des Waldes werden gepriesen.

In „Unterwex“ entdecke ich die auf Stoff gebannte Solidarität mit der kurdischen Bewegung. Sehr selten ist die konkretisierte Form einer Verkehrswende auf den Stofffetzen in den Bäumen zu lesen, lediglich zweimal so was wie „Nahverkehr zum Nulltarif.“ Die Ideen von Enteignung der Verkehrsindustrie, Arbeiter_Innenkontrolle oder demokratisch geplantem Verkehr existieren allenfalls als schwacher, kaum sichtbarer Schimmer in dieser kleiner werdenden Parallelwelt, die sich befreit gibt und an deren Unfreiheit sie der behelmte, knüppelnde bürgerliche Staat doch täglich erinnert.

Dann habe ich den Wald durchquert. 300 m waren es vielleicht noch, die die beiden sich aufeinander zu bewegenden Schneisen voneinander trennen. Ein paar Cops stehen wie verloren in der überwältigend breiten Rodungsstrecke. Hier wird heute nicht geräumt. Ich denke an die gestrige Kundgebung, vor allem zwei sinngemäße Aussagen des Redners der Deutschen Umwelthilfe wechseln sich mit meinen Gedanken ab:

- „Autobahnen sind nicht mehr zeitgemäß“. Waren sie es denn mal? Oder gibt es sie viel eher, weil der Individual- und Schwerlastverkehr

dem deutschen Kapital mehr Profite brachte und bringt, als es ein öffentlich organisierter Verkehr je könnte?

Ich denke über diesen Begriff nach: „Zeitgemäß“. Von Fridays for Future bis hierher – das Wort ist populär, obwohl es doch so inhaltsleer ist.

Autobahnen sind gesamtgesellschaftlich irrational. Es bräuchte sie nicht, gäbe es den gut ausgebauten, flächendeckenden Schienenverkehr, gäbe es die nach Bedürfnissen ausgerichtete Produktionsweise und nicht jene nach Profiten zwanghaft lechzende.

Zu sagen, Autobahnen seien „nicht mehr zeitgemäß“, suggeriert doch, dass sie irgendwann mal rational und richtig waren. Damals wie heute machen sie aber nur für den fortwährend beschleunigenden Kapitalismus Sinn, nicht aber für die Menschheit als Ganze.

- „Die Grünen an der Landesregierung haben uns enttäuscht!“ Tjoa. Enttäuscht ist ja nur, wer anderes erwartet hatte.

Durch meine Fantasie läuft der Paradezug der grünen Partei auf einer frisch asphaltierten Autobahn, angeführt von Habeck und Al-Wazir in einem übergewichtigen E-Auto, angetrieben von Illusionen und falschen Hoffnungen tausender Wähler_Innen auf eine konsequente Klimapolitik. Der folgende Aufzug präsentiert protzig Bilder: Kosovo, Afghanistan, Agenda 2010, Stuttgart 21, Hambi holzen. Am Schluss des Zuges folgt eine nie endende Schlange Ruß kotzender Lkws, mit dem Holz des Danni beladen. Reste von Baumhäusern hängen an den Stämmen.

Die Grünen sind eine bürgerliche Partei. Schon längst haben sie die Bewegung hinter sich gelassen, auf deren Rücken sie emporstiegen. Sie machen Politik von und fürs Bürger_Innentum. Nicht für den Danni. Nicht für‘s Klima. Nein. Sie hoffen auf eine Koalition mit der CDU im Bundestag. Sie machen Politik zuallererst für die bürgerliche Klasse, heißt für deren Eigentum, heißt für deren geheiligte Autoindustrie und streichen sie blassgrün an. All dies heißt: Die A49 wird gebaut (und im Gekreisch der Kettensägen hört man leis‘: „Aber wir, die Grünen, haben das nie gewollt … wir können bloß nicht anders.“

Zurück im Wald. Eine Rodungskante wie ein Abgrund. Mittlerweile liegt Schnee. Es ist der nächste Tag. Auf Plattformen, Konstruktionen und Baumhäusern harren Aktivist_Innen der Kälte. Die Gesichter sind bemalt, Hände zerschnitten, mit Sekundenkleber und Glitzerkonfetti unkenntlich gemacht. Für manche hat es auch was von Abenteuer: Das SEK holt dich vom Baum. Benimmst du dich, benimmt es sich hoffentlich auch. Die Bereitschaftscops bringen dich aus dem Wald, durchsuchen dich. Platzverweis, Verstoß gegen das Waldschutzgesetz (welch Ironie). Identität? Verweigert. Sind genug Aktivist_Innen beisammen, fährt ein Bus in die Gefangenensammelstelle (Gesa). Frankfurt. Kassel. Oder woandershin. Kripos durchsuchen dich, versuchen, irgendwas zu deiner Identität rauszukriegen. Fotos. Missglückte Fingerabdrücke … das Glitzerzeug dürfen sie nicht abschrubben. Nach wenigen Stunden: Freilassung. Dann zurück in den Wald. Aber nicht vergessen: Die Ordnungsmacht kann auch anders.

Für die einen hat es was von einem Spiel, für andere bedeutet die Räumung den Verlust von ein bisschen Zuhause. Die Besetzung ist vieles: Eine scheinbar gelebte anarchistische Utopie, die völlig abhängig ist von der kapitalistischen Außenwelt und der – im Verhältnis zur Masse der Lohnabhängigen – auch relativ privilegierten Stellung eines Teils der Aktivist_Innen. Enthusiastisch sprechen sie, da ist der Danni noch nicht mal gefallen, von Besetzungen in anderen bedrohten Wäldern.

Auch ist das Ganze ein kreativer Protest, der mit bewundernswertem Durchhaltevermögen und Geschick versucht, die Übermacht des Staates zu stoppen. Und klar, über allem schwebt der gegen die bestehende Verkehrspolitik. Aber welche konkrete bräuchte es stattdessen? Und wer soll sie liefern? Diese Antwort scheint großteils anderen überlassen.
Ich komme noch darauf zurück.

Und jetzt?

Ich konnte nur ein paar Tage im Wald bleiben. Viele andere waren eine gefühlte Ewigkeit auf den Bäumen oder im Camp am Dorfrand Dannenrods. Seit 40 Jahren kämpft ein Teil der Menschen hier gegen die A49. Ohne deren aufrichtige Unterstützung wäre die Protestform der dauerhaften

Besetzung unmöglich – vor beiden Lagern habe ich allein schon fürs Durchhalten großen Respekt. Ihre drohende Niederlage tut mir leid.

Verkürzt wäre es zudem, die Bewegung auf die Bürger_Inneninitiativen und die Besetzung zu reduzieren. Kinderdemos, Fridays for Future, Ende Gelände, Demos in Berlin, Frankfurt und anderswo sowie Soli-Baumhäuser und (wenig sinnhafte) individualistische Autobahnblockaden in der ganzen Republik rahmen die Proteste gegen Autobahnbau und Verkehrspolitik ein.

Trotzdem fielen tausende Bäume für eine Autobahn. Ist denn ein Sieg unmöglich? Ich glaube nicht. Vielmehr fehlt der Bewegung Entscheidendes, etwas, das nicht durch Kreativität und Durchhalten ersetzt werden kann. Es braucht eine konkrete Perspektive, anstatt auf Instagram zu jammern, dass der Wald so schön sei und nun kaputt gemacht wird.

Was heißt das?

Einerseits die Bewegung lokal vertiefend zu verankern, nicht nur in Form von Bürger_Inneninitiativen, sondern auch in Betrieben wie Ferrero Stadtallendorf oder MHI-Steine Nieder-Ofleiden (Stadtteil von Homberg im mittelhessischen Vogelsbergkreis), wo der Schotter für die A49 herkommt. Die hier Arbeitenden könnten bspw. für „Gleise statt Autobahn“ gewonnen werden, ebenso wie jene von STRABAG. Ein politischer Streik mit Besetzung der Baustelle durch diese Belegschaften wäre vielfach effektiver als Sitzblockaden vor den Werkstoren.

Andererseits muss die bundesweite Umweltbewegung ebenso auf die Arbeiter_Innenklasse zugehen. Tausende Jobstreichungen, Gehaltsverluste und Abwälzen der Krisenkosten auf die Beschäftigten stehen hier an. Warum das nicht nutzen und aus der Umweltbewegung den Startpunkt einer Antikrisenbewegung machen?

Warum nicht sagen: „Die Reichen, die Konzerne und Industrien sollen für die Krise zahlen!“? Keine Entlassung wegen Wirtschaftskrise oder Verkehrswende! Stattdessen: Massive Besteuerung der Gewinne von klimaschädlichen Produktionen, kostenloser Nah- und Berufsverkehr für alle, Umstellung der Produktion auf medizinische Ausrüstung und klimaneutrale

Verkehrskonzepte, demokratisch kontrolliert durch die Arbeiter_Innenklasse selbst! Für politische Massenstreiks bis hin zum Generalstreik, um dies durchzusetzen!

Natürlich wäre die Entwicklung einer solchen Perspektive etwas in der Bewegung heiß Diskutiertes. Gut so! Nicht zu diskutieren, heißt, die Verkehrspolitik in den Händen von Regierung und Staat zu belassen.

Mich des Erlebten im Danni erinnernd, blicke ich auf dem Heimweg aus dem Fenster der Regionalbahn. Anstatt an die Utopie einer in Bäume gezimmerten Parallelwelt zu glauben, tagträume ich von flächendeckendem kostenlosem Nahverkehr und gut ausgebauten Schienennetzen: Stadtallendorfer Pralinen werden wesentlich mit Güterzügen transportiert, Verkehrswege und Wohnraum werden reorganisiert, entflochten.

Die Verkehrsindustrie und Transportunternehmen sind enteignet, Arbeiter_Innen haben die Kontrolle übernommen, setzen eine demokratisch von ihnen selbst geplante ökologisch sinnvolle Notumstellung der Produktion um. Die Arbeitszeit ist bei vollem Lohn auf 30 Stunden in der Woche reduziert, die gesellschaftlich notwendige Arbeit wird auf alle verteilt. Scheuer, Al-Wazir und die Bosse von DEGES, VW und Co. wurden aus ihren Ämtern gejagt. Ihr Staat existiert nicht mehr. Nun forsten sie die Schneise eines Waldes auf eigene Kosten und mit eigener Arbeitskraft wieder auf. Minibagger und Gießkanne statt Dienstwagen und Krawatte heißt das Programm …

Eine Zugbegleiterin weckt mich, fragt nach meinem Ticket. 10 Minuten später habe ich ein Schwarzfahrerticket, 60 Euro, mein Fahrschein sei ungültig. Ein Anruf beim Kundendienst des Verkehrsverbundes beweist mir, dass dessen Angestellte selbst keine Ahnung von den Tarifbestimmungen haben. Sauer lege ich auf. Höchste Eisenbahn, diese antikapitalistische Verkehrswende!

Jugendkämpfe International. Warum braucht es eine neue Jugendinternationale?

Aktuelle Krisenperiode

Die Corona-Pandemie verschärft die wirtschaftliche Krise, in der wir uns befinden. Gleichzeitig schafft die Politik der Herrschenden das Potential für den Widerstand der Jugend. Viele Länder nutzen die Situation momentan aus, um unbeliebte Gesetze durchzubringen und ihren Ausbau zu einem undemokratischen System weiter fortzusetzen. Das reicht von autoritären Maßnahmen, die in fast jedem EU-Land zum „Bekämpfen der Coronakrise“ umgesetzt werden bis hin zu Ländern wie Polen und Ungarn, die die besondere Zeit nutzen um frauenfeindliche Gesetzgebungen durchzuwinken (Polen) oder sogar Notstandsmaßnahmen verordnen, die de facto die Alleinregierung einer Partei ermöglichen würden (Ungarn).

Wie betrifft die aktuelle Situation die Jugend?

Jugendliche werden heutzutage ohne wirkliche Perspektiven auf einen sicheren Job, oder ein gutes Leben groß. Sie bekommen die Auswirkungen der letzten Krisen oft stärker zu spüren als ihre Eltern, neoliberale Sparpolitik und anhaltende Ausbeutung der halbkolonialen Länder ruinieren bis heute ihre Zukunft.

Die Jugendarbeitslosigkeit hat sich seit der Krise 2008 noch nicht wirklich erholt. Nach Zahlen der International Labour Organization (ILO, Stand 2019) gibt es 1.3 Milliarden Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren. Davon sind 41% Teil des Arbeitskräftepotenzials (labour force), von denen 429 Millionen

arbeiten und 68 Millionen arbeitslos sind. 30% derjenigen die arbeiten leben in extremer oder moderater Armut und 77% arbeiten unter prekären Umständen. Die momentane Krise verschärft diesen Trend immens. In der ersten Welle ist in Deutschland zum Beispiel die Jugendarbeitslosigkeit von 190.000 innerhalb eines Jahres aufgrund der Corona-Krise auf 275.000 gestiegen, geschätzte 40% der Studierenden haben ihre Jobs verloren. Während der ersten Welle ist in Österreich die Jugendarbeitslosigkeit um 110 Prozent und die Anzahl der Lehrstellensuchenden um 55% gestiegen. Jugendliche sind die ersten, die ihre Jobs verlieren (Schließlich sind sie meistens noch nicht so lange dabei und haben selten eine starke gewerkschaftliche Vertretung), auf der anderen Seite sind auch viele noch in Ausbildung, was den Versuch in der Wirtschaftskrise erstmals einen Job zu finden, stark erschwert. Wie sich diese Entwicklungen in der jetzigen zweiten Welle gestalten werden, kann an dieser Stelle nur mit düsterer Vorahnung vermutet werden.

In den USA machten Jugendliche
zwischen Februar und April ein Drittel der Arbeitslosen aus, obwohl sie nur ein Viertel des Arbeitskräftepotenzials ausmachen. Zwar scheinen sich die Zahlen in den USA wieder etwas normalisiert zu haben, nachdem sie anfangs sehr krass anstiegen, ein Grund dafür ist aber sicher auch, dass viele Jugendlichen aus der Gruppe der Arbeitssuchenden herausfielen. Im Juni waren 28% der 16-24 jährigen weder in Ausbildung noch in einem Arbeitsverhältnis. Im Juli wohnten mehr als 50% der 18-29 jährigen (wieder) bei ihren Eltern. Auch wenn Arbeitslosenzahlen stark fluktuieren können, ist klar, dass ein Land, in dem sich Jugendliche enorm verschulden müssen, um eine Ausbildung zu erlangen, keine gute Perspektive für junge Menschen liefert. ,

Es gibt Prognosen, die bis 2021
90.1 Millionen(!) Arbeitslose in Ostasien erwarten, was zum Großteil auf die ärmeren Regionen und Länder verteilt sein wird, für die auch die durch die Corona Krise bedingten Einschränkungen der

Migration Jobverlust bedeutet. Die Situation halbkolonialer bzw. kolonialer Länder, die auch davor extrem angespannt war, was Jugendarbeitslosigkeit angeht, wird sich noch drastischer zuspitzen, speziell in Ländern in denen die Aus- bzw. Nachwirkungen der Apartheid noch klar spürbar sind. Im Gazastreifen lag die Jugendarbeitslosigkeit vor der Krise bereits bei ungefähr 60%, in Lesotho bei 33%.

Aber die schlechten Job- und Ausbildungsmöglichkeiten sind für Viele nur die Spitze des Eisbergs. Fast die Hälfte aller Menschen, die sich momentan auf der Flucht befinden sind Minderjährige. Sie müssen vor dem sicheren Tod fliehen, nur um an den Außengrenzen Europas unmenschlichen Hygienebedingungen, Hunger und (oftmals sexualisierter) Gewalt ausgesetzt zu sein.

Für die Unabhängigkeit der Jugend!

Die Jugend hat oft eine spezielle Rolle in politisch-fortschrittlichen Kämpfen. Sie ist nicht desillusioniert von vergangenen Kämpfen, hat mehr Zeit und Energie, um die Situation selbst in die Hand zu nehmen und zu ändern und bekommt viel der tagtäglichen Ungerechtigkeiten am eigenen Leib zu spüren. Zwar sind Jugendliche keine einheitliche Klasse, sondern oft vielmehr geprägt von den Klassenverhältnissen ihrer Eltern, es ist aber ein enormer Vorteil sie für die Anliegen und Interessen der Arbeitenden Klasse zu gewinnen, schließlich ist ein relevanter Teil von ihnen das zukünftige revolutionäre Subjekt und lernt schließlich auch am Besten aus den eigenen Fehlern. Es ist notwendig sie schon früh für revolutionäre Politik zu gewinnen. Genau deswegen ist die gesonderte Organisierung der Jugend zentral. Es macht oft keinen Sinn, sie in dieselben Strukturen einzubinden, die von älteren Generationen dominiert werden und Jugendlichen (wie auch in der Schule und Zuhause) nicht dieselben Möglichkeiten bieten politisch zu wachsen. Politische, organisatorische und finanzielle

Unabhängigkeit der revolutionären Jugendorganisation sind wichtig, um einen gemeinsamen Kampf der Arbeiter*innen und der Jugend gegen das Kapital zu organisieren. Wir wollen über den Aufbau einer revolutionären Jugendorganisation den Schulterschluss mit den Arbeiter*innen aller Länder suchen und im Endeffekt dabei helfen eine revolutionäre Weltpartei der Arbeitenden und der Jugend aufzubauen.

In welchen Kämpfen war die Jugend im letzten Jahr involviert?

Wir haben als wohl wichtigste Anknüpfungspunkte die Kämpfe gegen politische Regime und Regierungen. Das sind auf keinen Fall Bewegungen, die ausschließlich von Jugendlichen getragen werden, aber viele starten auf den Schultern von jugendlichen Menschen. In Chile fing die Bewegung, die sich gegen Pineras neoliberale Politik stellte, mit den Protesten von jungen Menschen gegen die Erhöhung der Ticketpreise an. In der Bewegung spielen bis heute die studentischen Vereinigungen und Organisationen eine maßgebliche Rolle in der Organisierung. Die Proteste in Hong-Kong, die zwar nicht über demokratische Forderungen hinauskamen, aber dennoch eine Reihe von sich radikalisierenden Elementen eine Stimme gaben, werden durchwegs als eine sehr junge Bewegung beschrieben.

Genauso ist das erneute mächtige Aufflammen der Black-Lives-Matter Bewegung eine wichtige Entwicklung für die kommenden Kämpfe der Jugend. Eine starke, antirassistische Perspektive, die sich mit fundamentaler Kritik an Organen der Klassenunterdrückung entlädt, so wie es angefangen mit den USA in vielen Ländern passierte, ist eine wichtige Entwicklung für den Klassenkampf. Auch in Nigeria gab es in letzter Zeit Massenproteste gegen die Polizei, insbesondere ihre SARS Spezialeinheit, die besonders stark von Jugendlichen getragen wurde.

Auch in Bewegungen, die etwas

weniger starke Resonanz erzeugte, erkämpft sich die Jugend einen Platz. Es ist keine Überraschung, dass „linke“ Sozialdemokrat*innen wie Jeremy Corbyn in Großbritannien oder Bernie Sanders in den USA (wobei Letzterer noch einmal moderater ist als der Erste) eine große Befürwortung innerhalb der Jugend genossen und für viele junge Menschen auch der Auslöser zur Organisierung untereinander waren. Die Niederlage und der Verrat (wie in der Sozialdemokratie nicht unüblich) dieser beiden Männer, wenn auch für viele sehr enttäuschend, kann nicht darüber wegtäuschen, das Jugendliche bereit für sozialistischen Alternativen sind und auch bereit sind für sie zu kämpfen.

Als die größte internationale Jugendbewegung unserer Zeit wollen wir uns auch mit der Umweltbewegung Fridays for Future (im Folgenden FFF) beschäftigen. Da Jugendliche von den zunehmenden Auswirkungen der Umweltzerstörung des Kapitalismus besonders betroffen sein werden, verlangen sie berechtigterweise die Umweltpolitik mitbestimmen zu können. Den Weg der Lösung der Umweltfrage sah FFF vor allem darin die Regierungen zu bitten die Ziele des Pariser Klimaabkommens umzusetzen. Dies ist problematisch, da das Pariser Abkommen in Bezug auf die Reduktion der Treibhausgasemission und auf das Thema der Umweltverschmutzung unzureichend ist. FFF versteht zudem nicht, dass die Regierungen auf der Seite der kapitalistischen Unternehmen stehen, die aus der Zerstörung der Umwelt Profit schöpfen. Wir Lohnarbeiter_Innen haben dagegen ein uneingeschränktes Interesse die Erde für uns auf Dauer bewohnbar zu machen. Die Umweltfrage ist also eine Klassenfrage, was FFF jedoch leugnet und stattdessen eine kleinbürgerliche Politik vertritt. Internationale Schulstreiks konnte die Regierungen zudem nicht zur Änderung ihrer Politik zwingen. Die Politik der Bewegung ist damit faktisch gescheitert. Es wäre notwendig die Bewegng politisch und praktisch zu radikalisieren und die Streiks auf die gesamte Arbeiter_Innenklasse auszuweiten. So können die

Regierungen und das Kapital dort getroffen werden, wo es wirklich weh tut: Beim Profit. Zudem ist eine umweltfreundliche Reorganisierung der Wirtschaft und Gesellschaft nur mit der Macht der Beschäftigten aus den jeweiligen Branchen denkbar. Nur dadurch kann der Umweltbewegung wieder neues Leben eingehaucht und das gewaltige Engagement der Jugend in politische Siege verwandelt werden.

Was brauchen wir deswegen?

Dass Kämpfe, die international
geführt werden auch leichter gewonnen werden liegt auf der Hand. Doch unser Internationalismus ist nicht nur in der Kraft der internationalen Solidarität der Ausgebeuteten und Unterdrückten begründet. Für uns ist es auch eine zentrale Einsicht, dass in einem kapitalistischen Weltsystem keine Bewegung dauerhaft isolierte Erfolge erzielen kann, wenn es ihr nicht gelingt Verbündete in anderen Ländern zu finden. Der „Sozialismus in einem Land“ ist im 21. Jahrhundert, dem Zeitalter der Globalisierung, noch deutlich illusorischer als er es im 20. Jahrhundert war – gleichzeitig sind aber durch die internationalisierten Produktionsketten und den enormen Fortschritt in der Geschwindigkeit des Austausches und der Kommunikation die Bedingungen für internationale Solidarität um einiges einfacher geworden. Antworten auf diese Fragen und wie die Kämpfe zu gewinnen sind, können wir nur ausreichend beantworten, wenn wir an allen Orten der Welt die fortschrittlichsten Jugendlichen organisieren und für die Perspektive des antikapitalistischen Kampfes gewinnen.

Wie organisiert man aber
gemeinsam solche Kämpfe und wie können wir in Zukunft global agieren? Wir von REVOLUTION stehen für den Aufbau einer neuen Jugendinternationale nach dem Vorbild der sozialistischen Jugendinternationale, die 1907 gegründet wurde. Ein Zusammenschluss von kommunistischen Jugendorganisationen, die auf der Basis eines gemeinsamen Programms weltweit gegen Imperialismus bzw. Kapitalismus kämpfen.

Solidarität mit dem Generalstreik der indischen Gewerkschaften!

Zuerst veröffentlicht am 26. November 2020 unter: https://arbeiterinnenmacht.de/2020/11/26/solidaritaet-mit-dem-generalstreik-der-indischen-gewerkschaften/

Martin Suchanek

Seit dem Morgen des 26. November erfasst ein weiterer Generalstreik Indien. Die Gewerkschaften rechnen mit bis zu 250 Millionen TeilnehmerInnen. Begleitet wird die Arbeitsniederlegung außerdem von Massenaktionen von Bauern/Bäuerinnen und LandarbeiterInnen gegen neue drakonische Gesetze, die Farm Laws, die die Arbeit auf dem Land (de)regulieren sollen.

Zur Vorbereitung und Durchführung des Generalstreik haben sich zahlreiche landesweite Verbände und regionale Organisationen in der Joint Platform of Central Trade Unions (CTUs; Vereinigte Plattform der Gewerkschaftszentralen) zusammengeschlossen.

Diese besteht aus folgenden Verbänden Indian National Trade Union Congress (INTUC), All India Trade Union Congress (AITUC), Hind Mazdoor Sabha (HMS), Centre of Indian Trade Unions (CITU), All India United Trade Union Centre (AIUTUC), Trade Union Coordination Centre (TUCC), Self-Employed Women's Association (SEWA), All India Central Council of Trade Unions (AICCTU), Labour Progressive Federation (LPF) und United Trade Union Congress (UTUC). Politisch repräsentieren sie das volle Spektrum von der bürgerlich-nationalistischen Kongresspartei nahestehenden Verbänden über die den kommunistischen Parteien

verbundenen bis hin zu unabhängigen, teilweise radikaleren klassenkämpferischen Organisationen. Wenig überraschend fehlt mit Bharatiya Mazdoor Sangh (BMS), der „gewerkschaftliche“ Arm der regierenden, hinduchauvinistischen Bharatiya Janata Party (Indische Volkspartei; BJP), die sich faktisch wieder einmal als gelber Verband von StreikbrecherInnen betätigt.

Historischer Angriff

Der Generalstreik am 26. November richtete sich – wie schon jene der letzten Jahre, die mehr als 100 Millionen Lohnabhängige mobilisieren konnten – gegen einen fundamentalen Angriff durch die KapitalistInnenklasse und die Modi-Regierung. Die Regierung brachte seit 2019 vier neue Arbeitsgesetze in die Look Sabha (Parlament) ein, die 44 bisher gültige ersetzen sollen. Im Grunde sollen damit die Überreste der Beziehungen zwischen Kapital und Lohnarbeit, wie sie nach der Unabhängigkeit Indiens etabliert wurden, endgültig beiseitegeschoben werden. Dieser Prozess begann zwar mit der neoliberalen Wende der Kongress-Partei und der Öffnung der indischen Wirtschaft nach 1980, beschleunigte sich jedoch seit dem Ausbruch der globalen Krise 2007 und der Regierungsübernahme der hindu-chauvinistischen Bharatiya Janata Party (BJP) 2014. Das ist auch der Grund, warum sich entscheidende Fraktionen des Großkapitals vom Kongress, der traditionellen Partei der indischen Bourgeoisie, abwandten und, ähnlich den imperialistischen Großunternehmen, in der BJP die verlässliche Sachwalterin ihrer Interessen sehen.

Die Ideologie des Hindutva, nach der Indien ausschließlich den Hindus gehöre und in der religiöse Minderheiten wie Muslime, Indigene, die „unteren“ Kasten, Frauen und sexuelle Minderheiten BürgerInnen zweiter Klasse sein sollen, bildet den Kitt, um große Teile der Mittelschichten, des KleinbürgerInnentums und rückständige ArbeiterInnen vor den Karren des Kapitals zu spannen. Die „größte Demokratie der Welt“ bildet die Fassade für die zunehmend autoritäre, bonapartistische Herrschaftsform des Regimes Modi, das sich dabei auf extrem reaktionäre und auf faschistische Massenorganisationen stützen kann. In den letzten Jahren

forcierte sie die Angriffe auf demokratische Rechte und ging brutal gegen Proteste vor, die sich gegen die nationalistische „Reform“ der Melde- und Staatsbürgerschaft richteten. Vielerorts, wie in Delhi provozierten Parteiführer der BJP Pogrome gegen Muslime und Protestierende. Indien annektierte Kaschmir und beendete dessen formal autonomen Status endgültig. Die „Reform“ der Arbeitsgesetze stellt ein, wenn nicht das klassenpolitische Kernstück der Politik der Modi-Regierung dar. Hier nur einige zentrale Aspekte:

- Das neue Arbeitsgesetz erlaubt die fristlose Entlassung ohne weitere Angabe von Gründen und ohne Zustimmung der Behörden von bis zu
  300 Beschäftigten. Bisher war diese Zahl auf 100 ArbeiterInnen festgelegt. Dies schafft wichtige Beschränkungen der Unternehmenswillkür
  in Klein- und Mittelbetrieben ab, die in den letzten Jahren ebenfalls zunahm.
- Das Fabrikgesetz von 1948 galt bislang für alle Betriebe mit mehr als 10 Beschäftigten, sofern sie mit Elektrizität versorgt wurden,
  und für alle mit mehr als 20, die diese nicht haben. Jetzt werden diese
  Zahlen verdoppelt, auf 20 bzw. 40 Beschäftigte.
- Diese Methode durchzieht zahlreiche andere Bestimmungen der neuen Arbeitsgesetze. Die Mindestzahl an regulär Beschäftigten, ab denen
  sie überhaupt erst gelten, wurde deutlich erhöht, oft auf das Doppelte
  oder Dreifache der ursprünglichen Zahl. Dies betrifft insbesondere Mindeststandards für Arbeitssicherheit.
- Erhöht wurde außerdem die Quote für LeiharbeiterInnen unter den Beschäftigten.

All diese Maßnahmen zielen auf die Ausweitung der UnternehmerInnenfreiheit. Die weitgehende Entrechtung, die schon heute die Lage eines großen Teils der indischen ArbeiterInnenklasse prägt, der

in verschiedene Formen der Kontraktarbeit (wie Tagelöhnerei, Leiharbeit, prekäre Beschäftigung, …) gezwungen wird, soll weiter ausgedehnt werden. Auch bisher „regulär“ Beschäftigte sollen von ihr erfasst werden.

Zugleich werfen diese Maßnahmen auch ein bezeichnendes Licht auf das Geschäftsmodell des indischen Kapitalismus. Die vom Weltmarkt und den internationalen Finanzmärkten abhängige halbkoloniale Ökonomie kann die Profitabilität der wachsenden kleineren Kapitale nur sichern, wenn diese weiter die Arbeitskräfte extrem ausbeuten, also unter ihren Reproduktionskosten kaufen und verwerten können. Ansonsten sind sie nicht in der Lage, sich auf dem Markt zu halten, die Vorgaben von Konkurrenzbedingungen, die das multinationale Großkapital aus den imperialistischen Ländern diktiert, zu erfüllen. Zugleich begünstigt diese Form der Überausbeutung auch die indischen Großkonzerne, die ihrerseits um größere Anteile am Weltmarkt ringen.

Diese Ausweitung selbst erschwert schon die Möglichkeiten der gewerkschaftlichen Organisierung massiv, die durch neue legale Einschränkungen zusätzlich eingeschränkt werden sollen.

Ergänzt werden die Angriffe auf die Arbeitsgesetze auch durch drastische Verschlechterungen für die Landbevölkerung, also für die ärmsten Schichten der Bauern und Bäuerinnen sowie für LandarbeiterInnen. Das ist auch der Grund, warum das All India Kisan Sangharsh Coordination Committee (AIKSCC) den Generalstreik unterstützt und mit Aktionstagen am 26. und 27. November verbindet.

Über die Forderung nach Abschaffung der gesamten reaktionären Reformen des Arbeitsgesetzes hinaus verlangen die Gewerkschaften außerdem eine monatliche staatliche Unterstützung von 7.500 Rupien (rund 85 Euro) für alle Familien, die keine Einkommenssteuer zahlen müssen, sowie 10 Kilogramm kostenloser Lebensmittel für alle Bedürftigen. Diese und ähnliche Forderungen verdeutlichen, dass die Corona-Pandemie und die kapitalistische Krise Millionen ArbeiterInnen und Bauern/Bäuerinnen in Not und Elend stürzen, sie gegen Armut, Hunger und Tod ankämpfen

müssen.

Internationale Solidarität und Perspektive

Der Generalstreik der indischen Gewerkschaften erfordert unsere Solidarität – und zwar weltweit.

Zugleich macht er aber – gerade vor dem Hintergrund etlicher Massenstreiks der letzten Jahre – deutlich, dass die ArbeiterInnenbewegung und alle Bewegungen von Unterdrückten gegen das Hindutva-Regime eine Strategie brauchen, die über beeindruckende, aber auch nur auf einen Tag beschränkte Aktionen hinausgeht. Die Regierung Modi wird sich davon nicht stoppen lassen. Das haben die letzten Jahre gezeigt. Wie die letzten Monate verdeutlicht haben, wird sie auch die Pandemie und die Krise zu nutzen versuchen, weitere Angriffe durchzuziehen.

Es geht daher darum, dem permanenten Angriff einen permanenten Widerstandskampf entgegenzusetzen – auf den eintägigen Generalstreik einen unbefristeten gegen die Arbeitsgesetze und für ein Mindesteinkommen und Mindestlohn für alle in Stadt und Land vorzubereiten und durchzuführen.

Die Koordinierung der Gewerkschaften und BäuerInnenorganisationen muss sich einer solchen Aufgabe stellen und zur Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben, den Stadtteilen, in den Gemeinden und auf dem Land aufrufen, also Kampforgane bilden, die alle Schichten der Lohnabhängigen und der Klein- und MittelbäuerInnen einschließen, unabhängig von Religion, Nationalität, Kaste, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

Angesichts der staatlichen Repression und der reaktionären hinduchauvinistischen Verbände müsste ein solcher Streik auch Selbstverteidigungsstrukturen aufbauen.

Ein politischer Generalstreik, der das Land dauerhaft lahmlegt, würde unwillkürlich die Machtfrage aufwerfen – und somit auch die Möglichkeit

und die Notwendigkeit, vom Abwehrkampf zur Offensive überzugehen. Diese erfordert freilich mehr als nur gewerkschaftlichen Widerstand. Sie erfordert die Verbindung dieses Kampfes mit dem gegen alle Formen der Unterdrückung, die Verbindung des Kampfes gegen die BJP-Regierung mit dem gegen den Kapitalismus, den Aufbau einer revolutionären politischen Partei der ArbeiterInnenklasse, die sich auf ein Programm von Übergangsforderungen stützt und die für eine ArbeiterInnen- und BäuerInnenregierung kämpft, die eine Räteherrschaft errichtet, das Großkapital enteignet und eine demokratische Planwirtschaft einführt.

Zur Zeit existiert keine politische Kraft in Indien, die ein solches Programm vertritt. Die verschiedenen kommunistischen Parteien haben sich vom revolutionären Sturz des Kapitalismus faktisch schon lange verabschiedet, die radikale Linke ist zersplittert und oft desorientiert. Die politische Krise zu überwinden, erfordert daher nicht nur die Unterstützung der Mobilisierungen der ArbeiterInnenklasse und sozialen Bewegungen. Alle, die nach einer sozialistischen und internationalistischen Antwort suchen, stehen auch vor der Aufgabe, in Diskussion um die programmatischen Grundlagen einer revolutionären Partei zu treten und deren Aufbau in Angriff zu nehmen.

FFF: Was war los beim ÖPNV-Streik und was will dieser Jakob im Bundestag?

4
Fragen und 4 Antworten zu FFF, den ÖPNV-Streiks und was Antikapitalist_Innen jetzt tun müssen

Was

ist beim Nahverkehrsstreik gelaufen?

Vielleicht
hast Du in den letzten Wochen mal vergebens an der Bushaltestelle gestanden oder durch die Nachrichten erfahren, dass in den in unterschiedlichen Städten und Gemeinden die Arbeiter_Innen im Nahverkehr gestreikt haben, sie die Busse und Bahnen stehen ließen. Vielleicht hast Du‘s aber auch nicht mitbekommen…und das liegt nicht an Dir. Gestreikt wurde höchstens Mal ein Tag, oft aber nur ein paar Stunden. Ziel des Streiks war eine bessere Bezahlung und bessere Arbeitsbedingungen für die Menschen, die uns täglich zur Schule, Ausbildung oder Uni fahren und die gerade in der Corona-Zeit zu jenen gehören, die unsere Gesellschaft noch am Laufen halten.

In
einigen Bundesländern sind die Streiks jetzt schon ganz vorüber, denn die Gewerkschaft ver.di und die Arbeit“geber“_Innenverbände haben sich auf einen neuen Tarifvertrag geeinigt. Zuletzt ist das in Nordrhein-Westfalen passiert und für die Beschäftigten ist das Ergebnis ein ziemlicher Schlag ins Gesicht. Am 1. April 2021 gibt‘s 1,4 Prozent mehr Gehalt, mindestens aber 50 Euro, am 1. April 2022 1,8 Prozent mehr und für‘s Weiterfahren während Corona das Land zum Stillstand zwang gibt‘s einmalig 600 Euro. Faktisch heißt das, dass sich die Verkehrsarbeiter_Innen mittelfristig weniger als heute leisten können, sie ärmer werden. In den anderen Bundesländern ist Ähnliches zu erwarten.

**Was
können wir daraus lernen?**

1.)
die Gewerkschaftsführungen wollen in der Krise keinen Konflikt mit den Bossen. Bloß ein bisschen Streiken, eine Niederlage unterzeichnen und sie dann als notwendiges Opfer in Zeiten der Krise den Mitgliedern der Gewerkschaft verkaufen. Die Gewerkschaftsbosse haben dabei gut reden, verdienen sie doch so viel in den

Aufsichtsräten der Konzerne, dass sie die Krise locker überstehen werden…vorausgesetzt sie halten die Arbeiter_Innen schön ruhig.

2.)
die Arbeiter_Innenklasse soll die Krise bezahlen. Schon als ver.di einen lächerlichen Tarifvertrag im öffentlichen Dienst unterschrieb war klar, dass der Kampf im Nahverkehr auch zum Abschuss freigegeben ist. Andernorts sieht‘s nicht besser aus. Der Staat muss angesichts seiner riesigen Corona-Schulden sparen und zu Geld kommen. Aber als die Linkspartei neulich eine kleine Vermögensabgabe für Reiche forderte war der Aufschrei im Bundestag und den Zeitungen groß. Wenn umgekehrt bei der Bahn Milliardeneinsparungen beim Personal gefordert werden, erzählen einem die konservativen Medien was von „jeder muss doch ein Opfer bringen“.

3.)
die Lösung der Klimakrise fällt im Angesicht der Wirtschaftskrise hinten runter. Anstatt die Verkehrswende anzugehen, den Nahverkehr auch als Arbeitsplatz attraktiver zu machen und gut zu bezahlen, um die tausenden fehlenden Beschäftigten bundesweit einzustellen, heißt es für den Nahverkehr jetzt weiter sparen, sparen, sparen. Achso, natürlich nicht überall, nein, nein, die Lufthansa wird mit Milliarden gerettet, zahlt auch weiterhin keine Kerosinsteuer und kaufst du dir ein neues E-Auto gibt dir der Staat dafür auch noch einen Riesenbatzen Geld.

Was
hat FFF damit zu tun?

Dass
Verkehrspolitik auch immer Klimapolitik ist und dass der Streik im Nahverkehr deshalb auch unmittelbar die Ziele und Forderungen von FFF betrifft, ist nichts Neues. Als Revo haben wir in den einzelnen Städten, in den FFF-AGs und auf dem Nordkongress Anfang des Jahres immer dafür gekämpft, dass FFF aktiv auf die Gewerkschaften zugehen muss, um die Arbeiter_Innenklasse für gemeinsame Kämpfe zu

gewinnen. Damals haben Luisa Neubauer und die undemokratische Führung von FFF noch versucht, unsere Beschlüsse bürokratisch zu umgehen. Heute machen sie Selfies mit den Spitzenfunktionären von Verdi.

Als wir FFF zum Schulterschluss mit den Gewerkschaften aufgerufen haben, meinten wir damit keine runden Tische in Besprechungsräumen oder Selfie-Aktionen. Was wir wollen ist eine aktive Mobilisierung an der Basis! Wir sind dafür eingetreten, dass es Vollversammlungen an den Schulen gibt, zu denen Beschäftigte aus dem ÖPNV kommen, über ihre Arbeitsbedingungen berichten und gemeinsam mit uns Schüler_innen über eine ökologische Verkehrswende diskutieren. Wir sind dafür eingetreten, dass FFF die Streikposten der streikenden Beschäftigten im ÖPNV unterstützt und so ein aktives Zeichen der Solidarität setzt, auf dem kommende Kämpfe aufbauen können. Der Streik ist das effektivste Mittel der Arbeiter_Innenklasse eine Awareness für das Thema zu erwecken und echten Druck auf die Verantwortlichen auszuüben.

Die Führung von verdi hat sich jedoch dagegen gesperrt, zu wirklichen Streiks aufzurufen und ihren Mitgliedern stattdessen empfohlen, einen ihrer wenigen Urlaubstage zu nutzen, wenn sie zu FFF gehen wollen. Indem sie nicht offen zum Streik aufgerufen haben, haben sie ihren Mitgliedern verwehrt im Rahmen einer politischen Kampagne daran teilzunehmen. In diesem Punkt sind sich der Verdi-Vorstand und die FFF-Führung ziemlich ähnlich: beide verhindern aktiv eine Radikalisierung ihrer Basis. Damit wollen sie ihren Führungsanspruch aufrecht erhalten und auf jeden Fall verhindern, dass eine Bewegung „von unten“ entsteht, die keine Luisas und Frank Wernekes (Verdi-Vorstand) mehr braucht.

Was hat FFF falsch gemacht?

Aus dem Schulterschluss zwischen FFF und Gewerkschaften ist bis auf ein paar nette Selfies wohl nichts geworden. Noch deutlicher wird die

Unfähigkeit der FFF-Führung darin, dass sie dem „Kohleausstiegsgesetz“ nichts entgegengesetzt haben. Das sogenannte „Kohleausstiegsgesetz“ redet nämlich nicht vom Ausstieg aus der braunkohlebasierten Energiegewinnung, sondern will die dreckigen Tagebauten noch 20 Jahre weiter finanzieren und verspricht den Klimakillern große Geldsummen. Wir fragen uns an der Stelle, wofür wir eigentlich die ganze Zeit gekämpft haben, wenn die Bundesregierung so ein Gesetz verabschiedet und FFF schweigt.

Doch dieses Problem von FFF hat System und hat nicht nur mit Corona zu tun. Die Schlüsselfrage ist vielmehr, ob FFF bereit ist, die kapitalistische Produktionsweise als Ursache des Klimawandels zu erkennen und zu bekämpfen, oder ob FFF weiterhin versucht, dem Kapitalismus einen grünen Anstrich zu verpassen, die Basis von FFF zu unterdrücken und statt Mobilisierungen nun zur Wahl der Grünen aufzurufen. Das unterscheidet uns von Luisa. Bereits bevor die Pandemie ausgebrochen ist, stand eine Strategiedebatte innerhalb FFFs an, die eine neue Ausrichtung beschließen sollte, mit der wir mehr werden sollten, uns weniger überlasten müssen und unsere Ziele tatsächlich erreichen können. Schon vor Corona hat die Führung von FFF versucht, dies zu unterbinden. Nachdem nun unsere Aktionen durch den Lockdown weitestgehend eingebrochen sind und die Bewegung geschwächt wurde, versuchen Luisa und Co. ihren Kurs nun final durchzusetzen. Jakob geht in den Bundestag, während Luisa FFF als aktivistisches Feigenblatt missbraucht und für Bündnis 90/Die Grüne bei der Bundestagswahl mobilisiert. Anstatt auf der Straße zu stehen, laut zu sein und für die Forderungen zur Einhaltung der Klimaziele zu kämpfen, will die FFF-Führung sich lieber an irgendwelche runden Tische oder in Bundestagssessel setzen und sich somit den kapitalistischen Politiker_Innen beugen, denen, wie wir gesehen haben, unsere Forderungen ziemlich egal sind. Dabei sind die Grünen alles andere als grün: die bürgerliche Partei ist mitverantwortlich dafür, dass der Danni geräumt wird und dass der Kohlekompromiss im Bundestag durchgekommen ist. Abgesehen davon gibt es kaum einen Kriegseinsatz der Bundeswehr, dem die Grüne nicht zugestimmt hat. Aber das ist eine andere Geschichte, die hier nochmal genauer nachlesen könnt: Die Grünen – Neoliberal für’s Kapital .

Der
von der ungewählten und somit nicht demokratisch legitimierten FFF-Führung geführte Kurs, war es seit jeher, die Bewegung zu kontrollieren und eine Radikalisierung zu verhindern. Das zeigte sich unter anderem dadurch, dass sie selbstorganisierte und antikapitalistische Perspektiven immer bekämpft haben. So haben wir von Revo, aber auch andere linke FFF-Ortsgruppen, die Plattform Change for Future oder die Anti-Kohle-Kids versucht, antikapitalistische Positionen in die Bewegung zu tragen. Gerade heute, wo der Verrat von Lusia und Jakob so offensichtlich ist, gibt es viel Kritik an der momentanen FFF-Politik aus der Basis. Vielen von uns haben sich an den Ende Gelände Protesten beteiligt und gezeigt, dass wir bereit sind, radikalere Forderungen und Aktionsformen aufzuwerfen.

Doch
während uns von Revo vorgeworfen wird, die Bewegung für unsere antikapitalistischen Ziele zu „unterwandern“, sitzen genau diejenigen, die uns diesen Vorwurf machen, in Führungspositionen bei den Grünen oder beim BUND. Im Gegensatz zu uns verschweigen sie jedoch, dass sie noch in anderen Organisationen sind. Das ist nicht nur intransparent, sondern auch undemokratisch und zeigt ganz deutlich, wer hier die Bewegung eigentlich unterwandern will. Mit dem Vorwurf an uns wollen sie versuchen, eine Linksentwicklung in der Bewegung zu verhindern und ihr eigenes pro-kapitalistisches und undemokratisches Programm durchsetzen.

Was sollten Antikapitalist_Innen in FFF jetzt tun?

Viele
linke Gruppen innerhalb FFFs haben sich nicht getraut offen aufzutreten, damit ihnen nicht vorgeworfen wird, dass die Bewegung „unterwandern“. Doch, wenn wir für antikapitalistische Positionen in FFF kämpfen wollen, müssen wir den Kurs der Führung herausfordern, offen auftreten und der Basis klar machen, wofür wir sehen!

Was
wir brauchen ist mehr Demokratie und weniger Hinterzimmerbeschlüsse! Was wir brauchen ist eine basisdemokratische Aktionskonferenz für eine neue Strategie, die dem bürgerlichen Kurs von Luisa, Jakob & Co. ein Ende setzt! Die Klimakiller müssen enteignet und unter demokratische Kontrolle gestellt werden, anstatt sie mit bloßen Appellen um die Einhaltung von Klimazielen zu bitten. Klimaschutz muss international sein und muss eine Verbesserung in unseren Lebens- und Arbeitsbedingungen bedeuten, statt stupide Verbote zu fordern. FFF muss wieder zurück auf die Straße und an die Schulen. Wenn wir wieder mehr werden wollen, müssen wir Komitees an unseren Schulen aufbauen, um die Leute dort abzuholen, wo sie sich tagtäglich aufhalten.

Was wir jetzt tun müssen ist, mit den Gewerkschaften und hier vor allem ihrer Basis über eine universelle Anti-Krisen-Bewegung zu diskutieren, die sich sowohl gegen die Klimakrise, die Wirtschaftskrise als auch gegen die Gesundheitskrise richtet. Die Unternehmen und kapitalistischen Regierungen, die Mitverursacher dieser Krisen sind, lassen nämlich uns Jugendliche und die Arbeiter_Innenklasse für die Kosten der Krise zahlen!

Power
to the people!

Der Abschluss für den Öffentlichen Dienst und die Linke

zuerst veröffentlicht am 21.11 unter: https://arbeiterinnenmacht.de/2020/11/21/der-abschluss-fuer-den-oeffentliche

n-dienst-und-die-linke/

Mattis Molde

Die erste große Tarifrunde nach Beginn der Pandemie und der Vertiefung der Wirtschaftskrise ist vorbei. Der öffentliche Dienst hat Maßstäbe auch für die nächsten Runden gesetzt. Aber es ging nicht nur um die ökonomischen Verkaufsbedingungen der Ware Arbeitskraft. Es ging um mehr. Es ging darum, wie sich die Arbeiter_Innenklasse politisch aufstellt in einer entscheidenden historischen Phase, in der sich eine Krise des kapitalistischen Systems entfaltet, die tiefer und länger zu werden verspricht als die vor 10 Jahren, ja jetzt schon mit der von 1931 verglichen wird. Die begleitet ist von Krisen der politischen Systeme nicht nur in Halbkolonien, sondern auch in den Zentren der Macht wie in den USA und der EU. Die dominiert wird von rechten Massenmobilisierungen und Wahlerfolgen, in der es aber auch Gegenbewegungen gibt.

Ausverkauf

Das Kapital und sein Staat haben sich in dieser Tarifrunde von Anfang an klar positioniert. Das war zu erwarten. Die ver.di-Führung ignorierte das anfangs trotzdem und streute ihren Mitgliedern Sand in die Augen, als sie von einer „Politik der ausgestreckten Hand“ schwadronierte. Als diese Vorgangsweise scheiterte, erklärte sie es zum Ziel der Warnstreiks, dass die Arbeit„geber“_Innen „endlich ein Angebot vorlegen“. Die Forderung von 4,8 % mit einer Laufzeit von einem Jahr war damit schon unauffällig ersetzt. Entsprechend haben die Spitzenverhändler_Innen das „respektlose“ erste Angebot der Arbeit„geber“_Innenverbände in der letzten Verhandlung nur durch Umverteilung unter den Beschäftigten modifiziert, im Volumen kaum erhöht und dann zu „respektabel“ umgetauft. Diese Einschätzung macht nur dann einen Sinn, wenn man einen Streik von vorneherein ausschließt, wie es offensichtlich die ver.di-Führung getan hat, und noch nicht einmal eine Streikvorbereitung als Drohpotential aufbaut. Das macht diese Niederlage zur Kapitulation. Das haben wir an anderer Stelle ausführlich dargelegt. Eine Niederlage zu erleiden, ist eine Sache, eine andere, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen.

Viele linke Gruppen und Personen haben das Ergebnis analysiert und fast alle kommen zum Schluss, dass es ein schwacher Abschluss war, der meilenweit von der Forderung entfernt war. Aber die meisten betonen, dass immerhin weitergehende Angriffe auf die Beschäftigten abgewehrt worden seien. So titelt die SAV: „Angriff abgewehrt, Gegenoffensive verpasst". Ähnlich sieht das Olaf Harms in der UZ „Licht und Schatten". Die Sol (Sozialistische Organisation Solidarität) meint: „Kampfkraft nicht genutzt" und „ernüchterndes Ergebnis". Auch RIO nennt das Ergebnis „‚mager". Die Rote Fahne schreibt „das Ergebnis: ein fauler Kompromiss, weil die volle gewerkschaftliche Kampfkraft nicht eingesetzt wurde".

Apparat

Alle diese Einschätzungen sind näher an der Realität als die selbstgefällige Lobhudelei, die ver.di selbst verbreitet. Letztere wird nicht besser dadurch, dass ein Teil der Mitglieder das Einknicken der Verhandlungsführung unterstützte oder keine Alternative dazu sah. Aber sehr viele protestieren auch gegen diesen Abschluss auf Webseiten von ver.di oder in öffentlichen Medien. Aus den Kreisen der vielen Gewerkschaftssekretär_Innen, von denen etliche in linken Organisationen wie DIE LINKE, IL oder marx21 politisch organisiert sind, ist kein Anflug einer Kritik zu hören, alle tragen brav die Entscheidung mit. Sie verwechseln die Disziplin innerhalb einer Arbeiter_Innenorganisation, beschlossene Aktionen auch gemeinsam durchzuführen, mit einer innerhalb eines Apparates gegen diese Organisation: In einer Phase, in der ein Abschluss diskutiert werden soll, vertreten diese „Hauptamtlichen", wie sie sich selber nennen, die Linie der Spitze und bekämpfen die Kritik, die von der Basis geäußert wird. Das Gleiche gilt für die breite Masse der betrieblichen Spitzenfunktionär_Innen, der sogenannten Ehrenamtlichen, der linken wie der rechten.

Diese Einstellung der „Linken" in der Struktur von ver.di ist verheerend. Sie führt erstens dazu, dass sich die Kritik aus der Basis nicht wirklich innerhalb der Gewerkschaft ausdrücken kann. Diejenigen, die innerhalb der Strukturen Funktionen innehaben, weigern sich, sich zum Sprachrohr der Kritik zu machen. Sie überlassen die Basis sich selbst und sind hauptverantwortlich dafür, wenn jetzt gerade kritische Kolleg_Innen den Laden verlassen.

Zweitens sind damit auch die nächsten Niederlagen vorprogrammiert. Dies wird innerhalb von ver.di vor allem der ÖPNV sein mit den Tarifverträgen Nahverkehr. Für die ganzen schlechter und schwächer organisierten Beschäftigtengruppen ist das Signal, das ver.di gegeben hat, eine wirkliche Entmutigung.

Diese Verweigerung der Linken im ver.di-Apparat, sich zum Sprachrohr der kritischen Teile der Gewerkschaftsbasis zu machen, wird übrigens voll auch von der Partei DIE LINKE getragen. Der Vorstand hat bisher kein einziges Wort der Kritik veröffentlicht und damit gezeigt, dass die Partei in dieser Frage als Wasserträgerin des reformistischen ver.di-Apparates fungiert und null Unterschied zur SPD darstellt. Auf unterer Ebene der Linkspartei gab es kritiklosen Jubel (Niedersachsen), leichte Kritik (z. B. Oberhausen), aber auch kommunale MandatsträgerInnen, die sich von Anfang an mit Blick auf ihre Gemeindefinanzen gegen die Forderungen gestellt hatten.

Zurückbleiben

Aber auch die Gruppen und Organisationen, die Kritik an dem Abschluss üben, müssen sich fragen, ob ihre Antworten ausreichend sind. So ist das Bemühen, dem Abschluss noch etwas Gutes abzugewinnen, mehrfach problematisch: Erstens führt es zu falschen oder unzureichenden Schlussfolgerungen bezüglich der betroffenen Kolleg_Innen. Zweitens zu falschen Perspektiven für die weiteren Tarifrunden und alle Abwehrkämpfe gegen die Krise.

Erstens gehört es zum ABC jeglicher Verhandlung auf jeglichem Gebiet, dass auch weitergehende Forderungen aufgestellt werden, auf die im Laufe der Verhandlungen verzichtet werden kann. Frank Werneke beispielsweise hat ja sehr offen zum Thema Laufzeit erklärt, dass die Forderung nach einem Jahr nie ernst gemeint gewesen sei, „weil da ja dann Bundestagswahl“ wäre. Warum das nicht gehe, ist damit noch nicht erklärt, aber anschaulich dargestellt, wie die Spitzen der Bürokratie zur „demokratischen Beschlüssen“ stehen. Natürlich stellt auch die andere Seite weitergehende Forderungen als Verhandlungsmasse auf. Linke sollten daraus lernen, nicht Scheinerfolge zu preisen oder kleine Lichter im großen Schatten

auszumachen.

Zum Zweiten ist es eine sehr gängige Methode bei Tarifabschlüssen, diese möglichst nicht nachrechenbar zu gestalten: Tariferhöhungen, die in die Lohnstruktur eingehen, werden mit Einmalzahlungen vermengt. Gerne können einzelne Positionen in einzelnen Bereichen zeitlich verschoben, manchmal können bestehende Zahlungen angerechnet werden. Das Ganze dann unterschieden nach Einkommenshöhe usw. Das lässt jede Menge Spielraum für Schönrechnerei.

Ver.di hat diesmal vor allem auf den Trick gesetzt, die Minderheit der Beschäftigten in Krankenhäusern besserzustellen gegenüber allen anderen, die Reallohnverlust erleiden werden.
Die Krankenhausbeschäftigten, die noch im öffentlichen Dienst arbeiten und für die der Tarif gilt, stellen übrigens auch nur die Minderheit der Gesamtbeschäftigten in diesem Sektor dar. Ver.di hat also als Preis für diese Abschlusskosmetik mit einer neuen Spaltungslinie bezahlt, mit einem hohen Frust bei der Masse der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und besonders bei denen, die an anderer Stelle im Gesundheitswesen arbeiten, zum Beispiel als Rettungssanitäter_Innen oder in den Gesundheitsämtern.

Es ist also ein Fehler für Linke, dies mit dem reinen Geldbeutelblick zu analysieren und als „gut für die einen, schlecht für die anderen“ zu befinden. Die Spaltung schwächt die gesamte Klasse, auch diejenigen, die noch ein paar Rosinen abbekommen. Sie ist vor allem schlecht in einer Zeit, in der die Klasse als Ganzes angegriffen wird und zwar nicht nur ökonomisch, sondern auch politisch, wo dieser Angriff vom bürgerlichen Staat organisiert wird, aber auch von rechten PopulistInnen. Heute, wo es so bitter nötig ist, dass wir die Perspektive „uns als Klasse gemeinsam gegen Kapital und Staat zu wehren“ gegen nationalistische und rassistische Demagogie verbreiten, sind der Reallohnverlust und die Entsolidarisierung durch diesen Tarifabschluss politisch verheerend. Sie stellen genauso eine Spaltung der Klasse dar wie die Standortpolitik der IG Metall, die die Beschäftigten dazu erzieht, ihre Interessen auf Kosten der Leiharbeiter_Innen und der Kolleg_Innen bei der Konkurrenz im eigenen Konzern, in anderen Unternehmen oder in anderen Ländern zu sichern.

Die Halbherzigkeit in der Analyse, das Bemühen, auch da noch Licht zu sehen, wo keines ist, fällt im Grunde auf die Strickmuster der Bürokratie für Tarifabschlüsse und zugleich auf deren ökonomistische, unpolitische Herangehensweise herein. Das wird dann auch bei Schlussfolgerungen deutlich, die von den meisten Linken gezogen werden. Fast alle weigern sich, eine Niederlage zu erkennen, wo sie stattfindet. Aber aus Niederlagen muss man lernen. Das gilt für Linke ebenso wie für gewerkschaftliche AktivistInnen und die große Masse.

Die entscheidende Antwort auf eine Führung, die bewusst Niederlagen organisiert, ist der Kampf für eine neue!

Kritik von links auf halbem Wege

Dies formuliert am klarsten die VKG: „Festzuhalten ist: Zu einem solch umfassenden Kampf war die Gewerkschaftsführung offenbar nicht bereit, einen solchen wagen sie seit langem nicht mehr zu führen. Und von der Basis her gab es die große Druckwelle nicht, die den Apparat in diese Richtung unter Druck gesetzt hätte. Dies hängt auch damit zusammen, dass auf gesamtgewerkschaftlicher Ebene eine sichtbare klassenkämpferische Strömung fehlt, die für Unentschlossene eine Orientierungshilfe oder Ermutigung hätte sein können. Diese gilt es aufzubauen.“ Leider scheut sich auch diese Erklärung, eine Niederlage als das zu bezeichnen, was sie ist. Unsere GenossInnen im Koordinationskreis der VKG sind hier in der Minderheit geblieben.

Auch die Sol, ebenfalls Teil der VKG, fordert in ihrer Erklärung: „Nun geht es darum, eine kämpferische Opposition innerhalb von ver.di aufzubauen, um zukünftig wirkliche Verbesserungen zu erreichen.“

Die SAV, obwohl auch Teil der VKG, kann sich in ihrer eigenen Erklärung nicht dazu entschließen, eine Opposition in den Gewerkschaften als Perspektive anzugeben. Sie beschränkt sich darauf, von der Gewerkschaftsführung den Bruch mit der Großen Koalition und der SPD zu fordern: „Für eine solche politische Kampagne muss sich die Gewerkschaftsführung aber mit den Parteien in der Großen Koalition im

Bund anlegen, anstatt der SPD bei den Wahlen weiter die Treue zu halten.“

Ja, sie kritisiert die ver.di-Führung nur dafür, eine „Gelegenheit verpasst“ zu haben, „Kämpfe zusammenzuführen und die nötige gesellschaftliche Antwort in diesen Zeiten zu geben und den Widerstand aufzubauen.“ Ob Werneke für solche guten Ratschläge ein offenes Ohr hat?

Olaf Harms in der UZ beschreibt sehr richtig, was politisch nötig wäre: der Kampf gegen Fallpauschalen und Privatisierung sowie für Arbeitszeitverkürzung (AZV): „Es gilt nun nicht nachzulassen, den gestiegenen Kampfgeist auch angesichts der offensichtlichen Widersprüche in dieser Krise zu nutzen, weiter zu diskutieren und zu kämpfen: Für mehr Personal, kürzere Arbeitszeiten und bessere Arbeitsbedingungen. Eine Erhöhung des Personals in den Krankenhäusern ist entsprechend des tatsächlich vorhandenen Bedarfes mittels einer Personalbemessung notwendig. Mit den bestehenden Fallpauschalen ist das nicht zu machen – sie müssen weg. Nach der überfälligen Angleichung der Arbeitszeiten von Ost an West muss endlich die Forderung über eine grundlegende Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich verhandelt werden – 30 Stunden die Woche sind genug. Und es geht um den Kampf gegen Privatisierungen in der öffentlichen Daseinsvorsorge.“

Aber er verschweigt, dass diese Forderungen und Ziele bewusst von der Führung aus dem Tarifkampf ausgeklammert worden waren: Die AZV war schon ein Beschluss des letzten Gewerkschaftstages. Dass die Privatisierung und die Fallpauschalen angegriffen werden sollten, dafür gab es Beschlüsse vor der Tarifrunde. Die Frage nicht aufzuwerfen, warum die Bürokratie, das verhindern wollte und verhinderte, heißt letztlich, deren Politik abzudecken und den Basisaktivist_Innen zu raten, einfach tapfer weiterzukämpfen, so wie es auch die reformistischen Führer_Innen der Gewerkschaften immer nach Niederlagen tun.

Auch RIO greift in ihrer ersten Stellungnahme einen richtigen Ansatz auf: Sie schlägt vor, von der Basis her die Ablehnung des Tarifergebnisses zu organisieren. „Das Verhandlungsergebnis muss von allen Beschäftigten abgestimmt werden und das Abstimmungsergebnis sollte mit einfacher

Mehrheit für die Bundestarifkommission (BTK) und alle Gremien von ver.di bindend sein.“ In einem anderen Artikel wird gefordert: „Es braucht, besonders jetzt nach dem Tarifabschluss, demokratische Online-Versammlungen der Beschäftigten und ein Programm, um gewerkschaftlich Druck für weitere Kämpfe aufzubauen.“ Wie aber eine Bewegung der Basis in einer Organisation organisiert werden soll, deren Organisationsstrukturen von der Bürokratie beherrscht werden, sagt RIO nicht – auch wenn sie generell eine scharfe Kritikerin der Bürokratie ist. Der Aufbau einer klassenkämpferischen Basisbewegung kann aber nicht mit einer spontanen Bewegung von unten gleichgesetzt werden, insbesondere wenn jeder Spontaneismus von Corona gedämpft wird.

Bleiben noch die Stimmen aus dem postautonomen Spektrum. Im AK schrieben Daniel und Lisa (IL) noch vor dem Abschluss zu Recht, dass „es sich bei den aktuellen Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst um eine Schlüsselauseinandersetzung in den heraufziehenden Verteilungskämpfen um die Finanzierung der Krisenkosten handelt. Ihre politische Bedeutung geht jedoch über eine bloße Umverteilung von Geldern hinaus, denn diese Tarifrunde ist auch ein feministischer Kampf: Sie betrifft wichtige Bereiche des öffentlich verwalteten gesellschaftlichen Reproduktionssektors.“ Aber schon da verzichteten sie darauf, die Führung dieser Tarifrunde durch ver.di auch nur mit einem Wort an dieser politischen Erkenntnis zu messen. Vielmehr wird die Unverschämtheit der Arbeit„geber“_Innen beklagt und ver.di noch für den „Gesundheitstisch“ gelobt. Dabei war schon damals klar, dass dieser keineswegs die ursprünglichen, schon fallengelassenen Forderungen nach Privatisierung, Abschaffung der Fallpauschalen, Personalbemessungsschlüssel verfolgen würde, sondern die Spaltung der ÖD-Belegschaften vorbereitete.

So fokussiert der Artikel auf die Bewusstseinserweiterung der Beschäftigten:

„Wir haben es den erfolgreichen Kämpfen der letzten Jahre zu verdanken, dass es überhaupt zu einem Konflikt kommt und ver.di eine Nullrunde – und damit den Einstieg in die nächste Runde Austeritätspolitik – nicht einfach akzeptiert. Auch dass der Widerspruch zwischen Dankbarkeit und materieller Anerkennung so deutlich zutage tritt, ist ein Erfolg der vergangenen Kämpfe

von Krankenhausbeschäftigten. Es ist unsere Aufgabe als radikale Linke, genau in diese Widersprüche zu intervenieren und uns mit den Beschäftigten aktiv zu solidarisieren.“ Also ver.di ist irgendwie scheiße und hätte am liebsten ’ne Nullrunde akzeptiert, aber wir haben keine politische Kritik daran, solidarisieren uns mit den Beschäftigten, helfen ihnen aber nicht gegen die Bürokratie. Das ist eine „radikale Linke“ so recht nach dem Geschmack von Frank Werneke.

Ähnlich die RAS aus Stuttgart. Ihre Unterorganisation „Solidarität und Klassenkampf“ benennt in ihrer Analyse viele der Schwachstellen des Ergebnisses und geht von einer starken Ablehnung dessen aus: „Deshalb fordern wir auch alle Beschäftigten auf, bleibt ver.di Mitglieder! Nichts wäre falscher, als auszutreten und unsere Kampfkraft zu schwächen.“ (https://solidaritaet-und-klassenkampf.org/2020/10/ein-respektables-ergebnis-oder/) Aber der Vorwurf der Schwächung wird keineswegs an die Führung gerichtet und es wird auch kein Kampf gegen diese propagiert jenseits dessen, das Ergebnis in Abstimmungen abzulehnen.

Das Fehlen einer expliziten Kritik am Vorgehen des Apparates in Verbindung mit der Perspektive, dass die Beteiligung an den Streiks nur größer werden müsste, um mehr Druck auf die Arbeit„geber“_Innenseite aufzubauen, um ein besseres Ergebnis zu erzielen, bedeutet: Es wird letztlich die Schuld der Gewerkschaftsbasis in die Schuhe geschoben, die halt noch nicht so weit sei.

Stattdessen sollen die Unzufriedenen für den Sozialismus kämpfen: „Wir wollen aber mehr als die Gewerkschaften. Uns geht es nicht nur um ein paar Prozente mehr oder weniger, sondern um ein grundlegend anderes System.“ Der Weg dahin ist natürlich „lang“. Deshalb tut es auch den reformistischen Bürokrat_Innen nicht weh, wenn die Genoss_Innen der RAS ihnen heute brav keine Steine in den Weg legen.

Hoher Aktivismus, wie ihn die RAS und ihr Umfeld an den Tag legen, ist gut. Aber er ist kein Mittel um die rechten, prokapitalistischen Positionen des Gewerkschaftsapparats zu bekämpfen. Einflussnahme der Basis, wie sie RIO propagiert, ist nötig im Kampf gegen die Bürokratie, aber sie braucht noch Organisierung unabhängig von jener und ein entsprechendes politisches

Kampfprogramm. Die VKG und die darin aktiven Gruppen haben den Schritt gemacht, die aktuellen Kämpfe mit dem permanenten Eintreten für den Aufbau einer antibürokratischen Opposition in den Gewerkschaften zu verbinden.

Es sind Auseinandersetzungen wie dieser Tarifkampf, die aufzeigen, was das Ziel einer solchen Opposition sein muss: Eine Verankerung in den Betrieben aufzubauen und eine Struktur, die das Monopol der Bürokratie in der Propaganda und der Aktion durchbrechen kann: eine klassenkämpferische Basisbewegung.

Wir wenden uns an alle kritischen und unzufriedenen Kolleg_Innen genauso wie an die Organisationen der radikalen Linken, die diesen Abschluss kritisch bewerten: Zieht die entscheidende Konsequenz aus dieser Niederlage: Bauen wir gemeinsam die VKG auf, bündeln wir unsere Kräfte gegen die Bürokratie und führen wir eine solidarische Debatte, um unsere Differenzen zu klären!

Schulen sicher oder Schulen zu!

+++ Demo am Sonntag, den 22.11. in Berlin, 14 Uhr Alexanderplatz (an der Weltzeituhr) !!!! +++

Alles, was ihr über die beschissene Corona-Situation an unseren Schulen wissen müsst und was wir zusammen dagegen tun können:

Mit der vielfach höheren Zahl an Neuinfektionen, als noch im Frühling (3-Fach am 21.10.) ist eingetreten, was von den meisten erwartet wurde: Die Zweite Welle der Pandemie schlägt ein und das deutlich härter als die Erste. Die Notwendigkeit erneuter Schutzmaßnahmen ist unbestreitbar. Doch anders als beim ersten Mal, wird jetzt vor allem unsere Freizeit eingeschränkt. Betriebe werden nur dort geschlossen, wo Menschen ihre Freizeit verbringen und Schulen sollen ganz offen bleiben. Dafür gibt es

Kontaktbeschränkungen und die Streichung aller Veranstaltungen, Kulturangebote und des gemeinsamen Sports. Die Lage ist absurd, besonders wenn man sich vor Augen hält, dass es nun völlig ok ist mit bis zu 30 Leuten in einem Klassenraum zu sitzen, aber ein schwerer Verstoß, wenn man sich zu dritt vor dem Schultor trifft. Ebenso paradox ist, dass die Partys „feierwütiger" Jugendlicher als massiver Ansteckungsherd gebrandmarkt werden und gleichzeitig der gemeinsame Aufenthalt im Klassenraum für dieselben Leute nur eine minimale Infektionsgefahr haben soll. Der Lockdown-„light" enttarnt sich so als reiner Freizeit-Lockdown, in welchem wir durch den Verzicht auf soziale Interaktion, sowohl Corona bekämpfen, als auch den Verwertungsdrang von Wirtschaft und Schulsystem befriedigen sollen.

Der erste Lockdown hat jedoch deutlich gezeigt, dass eine Schulschließung allein keine Antwort ist. Soziale Ungleichheiten trafen Schüler_Innen mehr denn je und es gab einen massiven Anstieg häuslicher Gewalt. Viele Schüler_Innen verfügen nicht über Endgeräte, eine ausreichende Internetverbindung oder die Möglichkeit zu Hause in Ruhe zu lernen. Dieser Missstand wurde höchstens durch die Vergabe einzelner Tabletts angegangen, aber das ist kaum ein Tropfen auf dem heißen Stein. Auch die eigentliche Notwendigkeit, die Schulen auf einen Unterricht unter Wahrung von ausreichenden Hygienemaßnahmen vorzubereiten, wurde weder während der Schulschließung, noch danach erfüllt. So war bereits der erste Lockdown ein Einschreiten gegen das unmittelbare Problem, doch völlig blind für die Aufgaben der Zukunft und diejenigen, die dabei auf der Strecke blieben.

Ob unsere Schulen geschlossen werden oder nicht ist eine Entscheidung, die sich nach unseren Bedürfnissen richten muss und nicht den Interessen der Wirtschaft. Die Unternehmer_innen wollen jedoch, dass wir aus dem Haus sind, damit unsere Eltern für ihre Profite schuften können. Gleichzeitig wollen sie, dass wir schön brav unsere Prüfungen schreiben, damit es viele neue qualifizierte Arbeitskräfte auf dem Arbeitsmarkt gibt. Die Gefährdung in Schulen und Kitas wird deshalb systematisch kleingeredet. Aber wir sagen: Unsere Gesundheit geht vor ihre Profite! Es darf deshalb nicht in

Lobbygruppen und Bildungsausschüssen entschieden werden, welche Schule geschlossen werden. Wir selber können darüber am besten entscheiden. Wir fordern demokratische Krisenkomitees aus Schüler_innen, Eltern, Lehrer_innen und Virolog_innen, die zusammen entscheiden, ob eine Schule geschlossen wird, die zusammen Hygienebestimmungen festlegen und diese kontrollieren!

Zusammen mit den Lehrer_innen? Ja, genau das. Mit kranken Lehrer_innen gibt's auch keine Bildung. Gerade unsere Lehrer_innen sind einem zusätzlichen Infektionsrisiko ausgesetzt, da sie mit viel mehr Personen in der Schule Kontakt haben. Sie werden dabei allein gelassen, die Bildungsangebote an die neue Situation anzupassen und müssen das auch noch unbezahlt in ihrer Freizeit tun. Ihre demokratisch gewählten Interessenvertretungen, die Personalräte, wurden außerdem bei den Beschlüssen zu Krisenmaßnahmen einfach übergangen. Die Gewerkschaft der Lehrer_innen, die GEW, hat viel richtige Kritik an der aktuellen Situation und zum Teil auch gute Forderungen. Leider macht sie nur nichts dafür, um diese auch umzusetzen. Eine Gewerkschaft muss ihre Mitglieder mobilisieren, Personalversammlungen einberufen, über die Forderungen demokratisch diskutieren und streiken, wenn sie was erreichen will. Wir müssen deshalb zusammen mit unseren Lehrer_innen der GEW in den Arsch treten, damit endlich was passiert.

Wir müssen gemeinsam einen Weg durch die Pandemie finden, der es allen ermöglicht, sinnvoll am Unterricht teilzunehmen, ohne dabei benachteiligt zu werden und ohne die eigene Gesundheit oder die Nahestehender zu gefährden. Auch wollen wir nicht die Sündenböcke einer Politik sein, die es nicht schafft, einen angemessenen Umgang mit der Pandemie zu finden. Weder werden wir als Grund für die Verbreitung des Virus herhalten noch hinnehmen, dass das Bildungssystem weiter todgespart wird. Deswegen stehen wir ein für:

 # Mehr Unterrichtsräume! Sei es durch Neubau oder die Beschlagnahmung von leerstehenden Gebäuden! Es war auch schon vor der Pandemie nicht ausreichend Platz vorhanden.

 # Mehr Personal! Sowohl neue Lehrer_Innen, Sozialarbeiter_Innen, pädagogische Assistenzkräfte, Sonderpädagogog_Innen, als auch Personal in der Verwaltung und Instandhaltung müssen neu eingestellt werden!

 # Deutlich kleinere Klassen! Nicht mehr als 12 Schüler_innen sollen gleichzeitig unterrichtet werden! Alles andere ist aus pädagogischer und gesundheitlicher Sicht zu viel! – Freistellung ohne Diskussion! Es muss in allen Bundesländern die Möglichkeit geben, sich ohne Attest freizustellen!

 # Kostenlose Schnelltest, FFP3-Masken und Desinfektionsmittel! Niemand soll Angst haben müssen, sich selbst, Verwandte oder geliebte Personen anzustecken! – Kostenlose Lernmittel und Endgeräte für alle, die von zuhause am Unterricht teilnehmen. Ebenso müssen Ausweich-Räumlichkeiten und betreuende Pädagog_Innen bereitgestellt werden!

 # Aussetzung aller Prüfungen für dieses Schulhalbjahr! Lernen in der Pandemie darf für niemanden einen langfristigen Nachteil in der Schullaufbahn bedeuten! – Die Reduzierung des Rahmenlehrplans!, gemeinsam kontrolliert durch Leher_Innen, Schüler_Innen und Eltern.

Wir betrachten unseren Kampf in der Schule nicht isoliert von anderen Kämpfen. Wir stehen ebenso ein, für die Tarifkämpfe und Rechte der Arbeiter_Innen. So wie wir das Versagen der Politik in der Schule zu spüren bekommen, müssen es unsere Eltern von Politik und Gewerkschaften ertragen. Genauso wollen wir gemeinsam mit den Auszubildenden in den Betrieben kämpfen und stehen daher außerdem ein für:

– die massive Investition in Bildungs- Gesundheit- und Sozialwesen. Statt Konzernen müssen Menschen und ihre Zukunft gerettet werden!

– die Fortsetzung aller Tarifkämpfe, wenn nötig durch Streiks, bis ein angemessenes Ergebnis erkämpft wurde, mit dem nicht nur Gewerkschaftsführung und Konzerne zufrieden sind!

– die Übernahme aller Auszubildendeb und die Schaffung neuer Ausbildungsplätze! – die Streichung aller Mietschulden und die Bereitstellung von Wohnraum zum Selbstkostenpreis!

Alle diese Maßnahmen werden nicht vom Himmel fallen, sie kosten natürlich erst einmal Geld. Dieses sollte von denen genommen werden, die Verantwortlich für die Krise sind oder sogar davon profitieren. So konnten Softwarefirmen, Biotech-Unternehmen oder Amazon dank der Pandemie Rekordumsätze machen. Neben denen, die sich mit der Krise die Taschen voll machen, sollen auch die zahlen, die für den Ausbruch der Pandemie verantwortlich sind. Zum Beispiel begünstigt die industrielle Massentierhaltung die Entwicklung von Krankheiten durch die Lebensbedingungen der Tiere enorm. Nahrung muss dagegen entsprechend den Bedürfnissen von Mensch und Natur produziert werden, nicht für Profit. Statt in private Taschen zu fließen, müssen Gewinne verwendet werden, um allen einen sicheren Weg durch Pandemie und Wirtschaftskrise zu ermöglichen. Der Kampf gegen die Pandemie muss auch ein Kampf für ein gerechtes Gesundheitssystem sein. Pharmakonzerne und Krankenhäuser gehören in die öffentliche Hand gestellt. Die Kontrolle über diese Maßnahmen dürfen nicht die Chefs und Firmeninhaber_Innen ausüben, deren einziges Interesse die Profitmaximierung ist. Die Beschäftigten vor Ort müssen bestimmen, was wie und unter welchen Sicherheitsmaßnahmen produziert wird. Lasst uns gemeinsam für eine linke Antwort auf die Pandemie kämpfen und das nicht den Rechten überlassen! Auch durch Demonstrationen und Streiks, denn solange wir noch in der Schule sein können, solange können wir auch noch demonstrieren!

Kampf dem antimuslimischen Rassismus! Wir lassen uns nicht durch Terror spalten!

REVOLUTION Austria, 9. November 2020

Der Terroranschlag vom 2. November war und ist weiterhin ein großer Schock für uns alle. Unsere volle Solidarität und Anteilnahme gelten den Betroffenen und Angehörigen. Gleichzeitig müssen wir auch leider feststellen, dass das politische Klima seither gerade für Muslim_Innen bzw. jene die als solche wahrgenommen werden äußerst beängstigend geworden ist. Ob auf der Straße, auf sozialen Netzwerken oder in den politischen Antworten der Regierungsparteien – überall ist zu sehen, wie Hass und Hetze sowohl unterschwellig als auch in ganz offener Form zunehmen. Daher legen wir den folgenden Artikel aus dem vergangenen Jahr in einer aktualisierten Fassung neu auf. Wir lassen uns durch den Terror weder spalten noch einschüchtern – der Kampf gegen Terrorismus muss mit dem antirassistischen Kampf Hand in Hand gehen.

Der antimuslimische Rassismus erlebt seit Jahren einen enormen gesellschaftlichen Aufschwung. Es ist auch längst kein Problem mehr, das sich auf rechte bis rechtsradikale Fanatiker_Innen beschränkt, sondern ein gesamtgesellschaftliches Problem, das die sogenannte politische Mitte ebenso betrifft, und selbst in linken Spektren ein großes Problem darstellt. Mittlerweile sind wir an einem Punkt, an dem rassistische Übergriffe gegen Muslim_Innen und im Speziellen gegen muslimische Frauen, zur tagtäglichen Realität geworden sind. Vor allem jetzt nach dem Anschlag fluten schockierende Berichte über ekelhafte Angriffe und Diskriminierung die sozialen Netzwerke. Von tätlichen Angriffen, Beschimpfungen auf offener Straße, bis hin zu Schweinekadavern die an Orten hinterlassen werden, wo Muslim_Innen sich befinden ist alles mit dabei. In Kärnten zwang sogar eine Lehrkraft eine muslimische Schülerin ein Referat über Terrorismus zu halten und sich dabei ausdrücklich davon zu distanzieren, so als ob sie dafür verantwortlich wäre. Das ist rassistisch, ekelhaft und psychischer Terror. Die Situation war davor ohnehin schon nicht einfach. Das hat auch der 2019 veröffentlichte Report der Dokumentations- und Beratungsstelle Islamfeindlichkeit und antimuslimischer Rassismus deutlich belegt: Von 2017 auf 2018 gab es einen Anstieg von 74% (!) der dokumentierten rassistischen Vorfälle und ganze 83% richteten sich gegen Frauen. Doch woher kommt der antimuslimische Rassismus? Was sind seine besonderen Qualitäten?

Der
moderne antimuslimische Rassismus ist ein relativ neues Phänomen. Zugleich wurzeln viele der heute präsenten Bilder jahrhundertelang in die europäische Geschichte zurück. Darstellungen des sogenannten Orients als primitiv, rückständig und despotisch im Vergleich zum modernen und aufgeklärten Westen oder das in Europa verbreitete Schreckbild des expandierenden Osmanischen Reiches als Bedrohung des christlichen Abendlands haben eine lange Geschichte und werden im modernen antimuslimischen Rassismus oftmals wieder aufgegriffen und auf die „Rasse", „Natur" oder „Kultur" der Betroffenen zurückgeführt.

Mit dem „Krieg gegen den Terror" ab Anfang des Jahrtausends wurden in Europa alte Feindbilder wie Rassismus gegen Osteuropäer_Innen oder Jüd_Innen vermehrt durch einen Rassismus gegen Muslim_Innen abgelöst. Rassismus selbst hat seinen Ursprung im Kolonialismus des 19. Jahrhunderts in dem weiße Europäer_Innen den "unterentwickelten Völkern" vermeintlich Kultur und Zivilisation bringen würden. Natürlich ging es aber darum die brutale Ausbeutung und Versklavung sowie die hierarchische Überlegenheit zu legitimieren und zu festigen. Dabei hatte auch der antimuslimische Rassismus im Zuge der Kolonisierung der islamischen Welt seine Funktion als Rechtfertigungsideologie zu erfüllen. Ein angeblich seit Jahrhunderten existierender Kulturkampf wie er teilweise von Rechten wie u.a. den Identitären oder dem Christchurch-Attentäter beschworen wird, ist reine Fiktion. Willkürlich werden geschichtliche Ereignisse wie die Türkenbelagerungen oder die Reconquista zu einem geschichtlichen Motiv vermischt. Mit historischer Realität hat das wenig zu tun. Die allermeisten und auch die blutigsten Kriege wurde nämlich nicht zwischen Europa und dem Islam ausgefochten, sondern zwischen den diversen europäischen Mächten.

Die Gefahr einer angeblichen ständigen Bedrohung einer Invasion oder Umvolkung ist nicht ohne Grund auch ein Bild das häufig von rechten, wie der FPÖ, AfD, Identitären etc. quasi in einer Dauerschleife gebracht wird. Dabei spielt die tatsächliche Religionszugehörigkeit oder -ausübung keine Rolle. Die Betroffenen werden als homogene Masse bzw. als „Rasse"

wahrgenommen. Um ihren Rassismus zu verschleiern versteckt man sich dann oft hinter kulturalistischen Verklärungen, die dann von deren Werten, Bräuche, Traditionen etc. sprechen, wo jedoch klar ist, dass die Begriffe nur den verpönten Rassebegriff ersetzen. Rassistische Übergriffe werden auch so gut wie nie als solche behandelt, sondern unter dem Deckmantel der Fremdenfeindlichkeit verharmlost. Nun ist es aber so, dass nur bestimmte „Fremde" angegriffen werden. Weiße Europäer_Innen mit anderen Staatsbürger_Innenschaften sind nicht Ziel von Übergriffen; der Begriff Fremdenfeindlichkeit verschleiert echten Rassismus. Gerade in Bezug auf Religion wird auch oft das Argument gebracht, dass man nicht von Rassismus sprechen könne, weil Religion eine individuelle Entscheidung bzw. keine biologische Tatsache ist. Das Individuum und sein Verhalten spielt aber kaum eine Rolle. Betroffene werden auf Basis rassistischer Kategorien (Aussehen, Kleidung, Sprache etc.) als solche wahrgenommen und diskriminiert, unabhängig davon ob und wie religiös sie nun tatsächlich sind. Bei Übergriffen werden die Betroffenen ja auch nicht im Vorhinein gefragt wie sie es nun mit der Religion halten würden. Das öffentliche Ausleben der Religion bzw. das Tragen religiös konnotierter Kleidung erhöht jedoch beträchtlich die Gefahr rassistisch angegriffen zu werden und führt zu einer Situation in der Betroffene oftmals sich nicht mehr trauen in die Öffentlichkeit zu treten, wie auch die Gegenwart gerade auf erschreckende Art und Weise zeigt.

Eine Besonderheit des antimuslimischen Rassismus ist die Verschränkung mit dem Terror. Insbesondere seit 9/11 kann man einen qualitativen Umbruch beobachten. Sicherheitspolitik, Verschärfungen im Flugverkehr etc. wurden stets mit einer „islam(isti)ischen Gefahr" in Verbindung gebracht. Durch die ständige mediale Verschränkung, dem sog. Framing, wurde ein Bild geprägt, das den Islam als „böse Terrorreligion" darstellt, und Betroffene unter den Generalverdacht, Terrorist_Innen zu sein, stellt. Letztes Jahr sprach die FPÖ unter ihrem damaligen Parteichef H.C. Strache bspw. davon, dass es in Wien „150 islamische Kindergärten, wo mit Hasspredigten die Kinder zu Märtyrern erzogen werden sollen" gäbe.

Es ist unglaublich frustrierend mitzuverfolgen, wie auch aktuell viele

Muslim_Innen sich in der Rolle sehen sich für diesen Anschlag entschuldigen zu müssen oder überhaupt erst bezeugen zu müssen, dass man diesen Terror ablehnt. Der Anschlag galt uns allen, und trotzdem attackierten viele Menschen Muslim_Innen, die ihre Anteilnahme, Trauer oder Angst ausdrückten. Schlimmer noch nutzen gerade Rechte wie die FPÖ oder die Identitären den Anschlag um ihre rassistische Propaganda zu befeuern.

Die zutiefst rassistischen und reaktionären Antworten auf solche Anschläge verschleiern zudem das Muslim_Innen selbst am allermeisten betroffen sind von extremistischen Terror. Von 2001 bis 2014 sind in Westeuropa 420 Menschen durch Terror gestorben. Allein im Irak sind in demselben Zeitraum 42.759 Menschen wegen Anschlägen gestorben. In Afghanistan waren es 16.888, in Pakistan 13.524, in Nigeria 11.997 – die Zahlen zeigen eindeutig: Weder ist es so, dass der "islamistische" Terror die größte Gefahr Europas sei (es ist statistisch um einiges wahrscheinlicher in einen tödlichen Autounfall zu geraten als durch einen Terroranschlag zu sterben), noch ist es so, dass es ein Kampf zwischen dem „Islamismus" und dem Westen ist. So fand auch am selben Tag in Afghanistan ein widerwärtiger Terroranschlag auf dem Gelände der Universität Kabul statt, bei dem über 35 Menschen ums Leben gekommen sind.

Sicherlich mögen Zahlen, Vergleiche und Wahrscheinlichkeiten den Betroffenen hier aktuell wenig bringen, doch eins ist klar: Wir dürfen uns jetzt nicht spalten lassen, denn das spielt dem IS in die Hände und schafft nur noch mehr Nährboden für seine Ideologie. Der Anschlag hat Menschen das Leben gekostet, viele traumatisiert und ein Klima von Angst und Verunsicherung geschaffen. Die Frage nach den Ursprüngen von Terroranschlägen und wieso nach außen hin diese scheinbar fast immer im Namen des Islams ausgeübt werden, beschäftigt gerade viele. Dem müssen wir zweierlei entgegnen.

Erstens liegens die Ursprünge von Terrororganisationen und Netzwerken wie Al-Qaida oder dem IS in Ländern wie dem Irak, Afghanistan, Syrien etc. also allesamt Regionen die durch jahrelange imperialistische Kriege (man denke bspw. an den Irak-Krieg wo es primär um geopolitische sowie US-amerikanische Erdölinteressen ging) nahezu komplett zerstört und zerbombt

wurden und Generationen an Menschen hinterließen, die jegliche Perspektive verloren haben. Die desaströse politische, wirtschaftliche und soziale Lebensrealität der Betroffenen bietet einen Nährboden, unter dem sich Menschen schnell radikalisieren lassen, den Terrorrist_Innen auch bewusst ausnutzen. Ihre Ideologie gibt solchen Menschen vermeintliche Erklärungen für die Zustände unter denen sie leben müssen und eine übergeordnete Identifikation mit einem höheren Ziel dem sie ihr Leben nun wieder verschreiben können. Der absolute Großteil der in diesen Regionen ansässigen Zivilbevölkerung lehnt aber diese Netzwerke und Organisationen komplett ab, da sie die Länder genauso mit Terror, Tod und Schrecken übersäen.

Zweitens mag nach außen die Ideologie des IS, der Dschihadismus, sich zwar als Religion präsentieren, doch hier muss in aller Klarheit gesagt werden, dass es sich nur einen Deckmantel handelt. Es geht hier um beinharte politische Machtansprüche und ideologische Kämpfe. Viel eher muss man sagen, dass der Dschihadismus den Islam, so wie er von Muslim_Innen weltweit ausgeübt wird, eigentlich fast gänzlich ablehnt. In vielen ideologischen Schriften sehen sie Muslim_Innen, als die weitaus schlimmeren Feinde als bloße „Ungläubige“. Sie gelten als Verräter an der Sache, Sünder und als ideologische Gefahr, zumal die meisten offiziellen islamischen Institutionen und Glaubensgemeinschaften allesamt den Dschihadismus verurteilen.

Das
Religionen als Vehikel für politischer Machtkämpfe genutzt werden, ist auch keine Neuheit in der Menschheitsgeschichte. Gerade das Christentum hat eine lange Geschichte von Kreuzzügen, und kriegerischen Auseinandersetzungen – der dreißigjährige Krieg oder auch in jüngerer Geschichte der Nordirlandkonflikt können hierfür als Beispiele dienen. Auch die Methode des Terrors ist keine Eigenheit des Dschihadismus. In der Region um Uganda verübt die „Lord‘s Resisstance Army“ seit den 80ern regelmäßig Terroranschläge mit dem Ziel einen christlichen Gottesstaat zu etablieren. In den 90ern machte eine in Asien ansässige religiöse Gruppe, die dem Shintoismus-Buddhismus zuzuordnen ist, durch

Giftgasanschläge in Tokyo auf sich aufmerksam. Der seit Jahren fortlaufende Rechtsruck in Europa hat auch hier zufolge gehabt, dass es zu mehr rechtsradikalen Terroranschlägen (wie in Utöya, Christchurch oder Hanau) kam – die Täter sprachen in ihren Manifesten auch stets davon, das christliche Abendland retten zu müssen.

Um es nochmal zu betonen, die inhaltliche Qualität von Religionen spielt dabei kaum eine Rolle für den Terrorismus, da sie primär politische Ideologien sind, die Religionen als Deckmantel und Projektionsfläche nutzen. Unsere Aufgabe muss sein solidarisch gegen religiösen Terror zu kämpfen und die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Probleme anzusprechen, die dahinterstecken. Ein konsequenter Kampf gegen den Terror kann daher auch nur internationalistischer und vor allem antiimperialistischer Kampf sein!

Zurück zum antimuslimischen Rassismus, denn eine weitere Besonderheit sieht man bei dem Vergleich mit rechtsradikalen Terroranschlägen. Während bei jedem "islamistischen" Terroranschlag die Täter_Innen als diabolische Märtyrer_Innen bezeichnet, alle rassistischen Klischees ausgepackt und wiederum die größte Gefahr für Europa beschworen wird, wird bei rechtsradikalen Anschlägen ungemein verharmlost und psychologisiert. Rechtsradikale Anschläge, wie der des Attentäters von Christchurch, der bei einem Angriff auf zwei Moscheen 50 Menschen tötete, werden als individuelle Tragödien dargestellt. Die Taten werden entpolitisiert, und mehr als Ergebnis psychologischer Probleme verklärt. In der Berichterstattung wird nach der Kindheit, der Lebensgeschichte etc. gefragt und es entsteht letztlich der Eindruck, dass solche Täter_Innen bemitleidenswerte Opfer der Gesellschaft wären. Es passt nun mal nicht in das jahrelang von Medien und Politiker_Innen geschaffene Bild des „islamistischen" Terrors, dass auch rechtsradikale und christlich geprägte Menschen Terroranschläge ausüben. Das Leid der wahren Betroffenen geht dabei komplett unter. Die Message ist klar: Die Betroffenen sind weniger wert, ihr Leid unwichtiger, weil sie nun mal nicht zu dem völkisch bzw. rassistisch gedachten „uns" gehören. Außerdem wird die Gefahr des Faschismus deutlich und bewusst verklärt,

der deutliche Anstieg verschwiegen und der politische Kontext des internationalen Rechtsrucks verschleiert.

Antimuslimischer
Rassismus, ob in Österreich oder anderswo, muss bekämpft werden – gemeinsam, solidarisch und internationalistisch. Wir dürfen uns nicht in rassistische, völkische oder nationalistische Kategorien spalten lassen – auch jetzt angesichts des Terroranschlags erst recht nicht – und müssen stattdessen aufzeigen, dass die sozialen und ökonomischen Probleme in unserer Klassengesellschaft wurzeln. Wir müssen an den Orten wo wir uns befinden, egal ob Schule, Uni oder Arbeit uns organisieren und dürfen zugleich den internationalen Rechtsruck und die rassistischen Angriffe nicht mehr so einfach hinnehmen. Antirassistisch zu sein, bedeutet auch konsequent Widerstand zu leisten und dem antimuslimischen Rassismus den Kampf anzusagen!

Wahlen in den USA: Der Brandstifter unterliegt, doch das Feuer ist nicht gelöscht!

Resa Ludvin

Stand 08.11.2020

Die Mauer kam
nicht, zumindest nicht so wie angekündigt. Dennoch starben tausende Menschen an der amerikanischen Migrationspolitik und die Mauern innerhalb der USA wurden immer höher- wirtschaftliche Isolation, Ausstieg aus internationalen Verträgen, Staatsstreiche, Kriegsverbrechen und anstehende Kriege.

Eigentlich nichts
Neues. Ebenso wenig, dass es die republikanischen Wähler_Innen nicht interessiert, was ihr despotischer Kandidat nun als nächstes plant oder welche Fake News Trump beim morgendlichem „Twitter“-Klogang ablassen wird. Dennoch haben ihn 47,7% gewählt. Und auch die Inszenierung Joe Bidens als Heilsbringer, nicht nur von Trump-Gegner_Innen, sondern auch Linken und Aktivist_Innen in den USA, kann nicht über die desaströse Lage des Landes hinwegtäuschen. In der Geschichte kamen und gingen Großmächte. Die USA brennt und ist dennoch internationaler Brandstifter.

Was die Wahl nun
für die zerfallende Großmacht, die arbeitende Klasse und die internationale Politik bedeutet, wollen wir hier beleuchten. Ebenso die Frage, welche Rolle der vorherige und nächste Präsident spielt.

Trumps Bilanz:
Krieg, Putsch, Morde, Sprengung internationaler Normen

„Mother of all
bombs“ in Afghanistan, Putschversuch in Venezuela, Hassliebe mit Putin, Ermordung eines Generals im Iran, Anfachen des Nahost-Konflikts, Drohgebärden gegen Peking und Pjöngjang. Wäre der internationale Fokus durch Corona nicht verschoben worden, so wäre 2020 wohl auch ein Jahr mit Phasen heißen und kalten Krieges geworden. Insgesamt hat Trump den Sprung auf eine neue Eskalationsstufe innerhalb der Neuaufteilung der Welt eröffnet. Wo in den westlichen Ländern gezittert wird, er könne nach dem Austritt aus dem Pariser Klimaabkommen auch noch aus der NATO oder anderen internationalen Bündnissen austreten, hat er weite Teile der Welt bereits in eine reale Angst vor Krieg versetzt.

Warum sich
niemand mit ihnen anlegt? Weiterhin bleiben die USA eine der größten Militärmächte und natürlich wollen auch wirtschaftliche Beziehungen gerettet werden, sofern das möglich ist. Gerade für die

kleine imperialistische EU wäre ein zu offensiver Angriff eine lose-lose Situation. Lediglich China könnte einen Angriff wagen, was aber zu einer Konfrontation von internationalem Ausmaß führen würde.

Auch im Inland
sieht es nicht viel besser aus. Die USA sind eines der am schwersten von der Coronakrise getroffenen Länder. Millionen Infizierte und über 200.000 Tote. Kein Wunder in einem Gesundheitssystem, das sich ein bedeutender Teil der Bevölkerung nicht leisten kann. Ebenso nicht verwunderlich, dass es nicht Leute wie Trump sind, die an dem Virus sterben, ihre Jobs und somit ihre Lebensgrundlage verlieren. Es sind Arbeiter_Innen. Genauer gesagt migrantische und afro-amerikanische Arbeiter_Innen.

Die prekäre Lage
von Migrant_Innen und nichtweißen Menschen ist nicht zuletzt der rassistischen Politik geschuldet. Die rassistische Spaltung in den USA ist größer denn je, sei es im Gesundheits- oder Wahlsystem, in denen gerade Afrokamerikaner_Innen, aber auch die meisten anderen Minderheiten benachteiligt werden. Sei es die voranschreitende Polarisierung in den USA, die mitunter zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen geführt hat oder bewaffnete Straßenschlachten mit einem großen Vorsprung für Rechte, da sie einfacher an Waffen kommen und die Polizei schaut am Rand zu. In der Kombination mit Trumps Protestpolitik im Inland hat er den Krieg, den die USA seit Jahrzehnten im Ausland führen, zurück nachhause gebracht.

Rechte,
Erzkonservative und Evangelikale geben in der US-amerikanischen Politik den Ton an. Egal ob an den Außengrenzen oder wenn es darum geht, Wahlgeschenke strategisch zu verteilen. Und das kam nicht erst mit dem Einzug Donald Trumps ins Weiße Haus. Zusammengefasst und einfach verständlich wurde das durch Trump unter dem Slogan „Make America Great Again“. Jedoch sollte dies nur bei weißen Amerikaner_Innen aus der absteigenden Mittelschicht und aus

bestimmten Teilen der Arbeiter_Innenklasse Stimmen fangen.

Doch trotz des
Versprechens, den USA wieder eine blühende Wirtschaftslandschaft zu bescheren, verfallen Industriestandorte wie Michigan oder Ohio weiter. Denn viele der geschlossenen Stahlwerke, Fabriken usw. waren natürlich kein Resultat der Regierung Obamas, sondern eines Rationalisierungsprozesses. Wenn Betriebe nicht mehr ausreichend Profit machen, Technologie veraltet ist oder Innovationen zu teuer sind, werden sie eben dicht gemacht. Trumps Antwort in einigen Gebieten: Stärkt das Fracking, stärkt die Region. Doch das bringt einem_einer ehemaligen Stahlarbeiter_In wenig, wenn es keine Umschulungen gibt. Kein Wunder also, dass sich an der Massenarbeitslosigkeit unter Trump nicht viel geändert hat, nicht viel ändern konnte.

Wäre all das
nicht schon genug, interessiert es Trump nicht im Geringsten, dass die Westküste der USA monatelang brennt und beschuldigt die lokale Bevölkerung dafür verantwortlich zu sein. Der gleiche Präsident, der Umweltschutzgebiete verkleinert und die Arbeit der Umweltbehörde immer weiter einschränkt hat, weil sie lukrativem Fracking im Weg steht. Wäre die Umwelt mal ein Sturmgewehr, dann hätte sie auch eine Lobby.

**Genaueres zur
Lage in der USA findet ihr hier:
http://onesolutionrevolution.de/what-the-fuck-is-wrong-in-the-usa/**

**„Demokratie“
als Staatsform in Gefahr?**

Sieht man mal
davon ab, dass Trump wohl jener US-amerikanische Präsident ist, der die meisten Verfahren gegen sich hatte- Amtsenthebungsverfahren, Verdacht der Wahlmanipulation sowie nicht gezahlte Steuern- ist seine

Präsidentschaft, zumindest in den Augen seiner vielen Anhänger_Innen, erfolgreich. Uns als Revolutionär_Innen zeigt er aber vor allem, was für ein zweischneidiges Schwert die bürgerliche Demokratie ist. Einerseits zeigt sich wie undemokratisch das US-System auch unter bürgerlichen Maßstäben ist, da der Präsident a la „L'etat c'est moi" („Der Staat bin ich") regieren kann. Andererseits ist auch der Erfolg von Fake-News als Ausdruck der Krise zu nennen. Die Wahl war noch gar nicht angelaufen, unwichtig, einfach mal schon präventiv behaupten, die Wahl wäre manipuliert. Und jetzt, da auch die Ergebnisse wirklich gegen Trump sprechen, wird diese Behauptung mit allerlei fadenscheinigen Behauptungen untermauert und mit rechtlichen Schritten gedroht. Ob und wer wählt, scheint also ein für alle Mal egal.

Auch Trumps eindeutig zweideutigen Ansprachen an die rechten Bewegungen Alt-Right, QAnon oder „proud boys" zeigt, wie offen er sich bezüglich Rechtsextremen zeigt und dass viele seiner Wähler_Innen darüber hinwegschauen. Das An-der-Macht-Bleiben des Oligarchen steht im Mittelpunkt. Und wenn es Trump Senior nicht mehr macht, haben sich in letzter Zeit auch seine Kinder immer weiter in den Vordergrund gedrängt. Eine Abwahl Donald Trumps, sofern sie überhaupt akzeptiert wird, bedeutet also nicht zwangsläufig eine dauerhafte Abwahl der Agenda Trumps.

Nach 4 Jahren Trump ist offensichtlich, was für Revolutionär_Innen vorher schon klar war: Die bürgerliche Demokratie taugt nichts. Trump hat lediglich sämtliche Ideale dieser bürgerlichen Demokratie vorgeführt und uns auch gezeigt, dass in einem vermeintlich „westlich, demokratischen Partner" alles so gedreht werden kann, wie es einem selbst gerade passt. Sie ist somit, was sie immer war: eine „Demokratie" herrschender Interessen. Die Situation der Arbeiter_Innenklasse hat sich nicht verbessert. Der einzige Unterschied zum vorherigen Präsidenten Obama war, dass die

Zersetzung vom Sozialstaat noch deutlich schneller voranging und das deutlich unverhohlener.

Währenddessen
wird Biden als großer Retter inszeniert, der auch in keiner Weise den Fortschritt darstellt. Er selbst ist nicht nur ein weiterer „Establishment"-Vertreter alter, weißer Männer, sondern auch noch erzreligiös. Er stimmte nicht nur für den Irakkrieg, sondern auch für ein „law & order Gesetz", was bis heute dazu führt, dass vor allem schwarze Amerikaner_Innen schon beim kleinsten Vergehen hart bestraft werden. Oder brachte er das Gesetz durch, dass viele Schulden von Privatpersonen bei Insolvenz nicht mehr gestrichen werden können, sodass vor allem die Arbeiter_Innenklasse für immer mit der Last von Studien-, Gesundheits- und Kreditkartenschulden zu kämpfen hat, während große Betriebe weiterhin gerettet werden. An seiner Seite hat er Kamala Harris als Vize-Präsidentin, die zwar von Republikaner_Innen abfällig als „Marxistin" bezeichnet wird, sich aber noch nicht mal zu den geringsten arbeiter_Innenfreundlichen Reformen durchringen kann wie der allgemeinen, staatlichen Krankenversicherung. Kein Wunder also, dass sich viele progressive, junge Wähler_Innen jetzt schon von den Demokrat_Innen abgewandt und gegen eine Stimmabgabe entschieden haben. Der fehlende Enthusiasmus für Biden hat sicherlich mit reingespielt, dass das Rennen zwischen ihm und Trump so knapp war.

**Wie die Wahl
gelaufen ist**

Notfalls mit
Gewalt. Gewalt der Waffen oder der Gerichte. Fest steht: Obwohl Biden schon als Präsident ausgerufen wurde, ist die Wahl noch nicht vorbei, da Trump und seine Anhänger_Innen mit allen Mitteln daran festhalten. Doch dass Trump nicht gehen will und selbst „demokratische" Gerichte ihn wahrscheinlich nicht stoppen können, hat er bereits vor der Wahl vorbereitet. In diversen Staaten hat er ihm treue Richter_Innen an die obersten Gerichtshöfe gebracht und

vorher schon mal behauptet, dass die ganze Wahl manipuliert sei. Sein Sohn Donald Trump jr. sprach sich angeblich sogar für den „Totalen Krieg um die Wahl“ aus.

Noch in der Nacht
der Wahlen hat Trump seinen Sieg ausgerufen, obwohl die Auszählungen noch in vollem Gange waren. Er war zu diesem Zeitpunkt noch in Führung, aber das lag daran, dass die Brief- und Frühwahlen, die deutlich mehr von Biden-Supportern genutzt wurden, erst später gezählt werden. Diese Reihenfolge hat er selbst erwirkt und es gehörte sicherlich zum Kalkül, dass er vielleicht durch eine frühe Ausrufung als Präsident taktische Vorteile hat. Je länger die Auszählungen dauerten, desto schlechter sah es für Trump aus und desto verzweifelter wurden seine Vorwürfe, dass ihm hier gerade die Wahl geklaut wird. Bei den Auszählungen in den heiklen Bundesstaaten wurde von Trump wahlweise gefordert, dass man aufhören sollte oder unbedingt weitermachen sollte, zu zählen, je nachdem, wie es gerade stand. Einige Republikaner_Innen wollten auch die Häuser stürmen oder zumindest stören, in denen gezählt wurde. Zu größeren Aufmärschen oder bürgerkriegsähnlichen Zuständen, wie ja oftmals befürchtet wurde, kam es bislang noch nicht.

Nach langem
Warten sind nun die meisten Staaten (zumindest ein erstes Mal) ausgezählt und Biden als Präsident abgesichert. Er hat in den relevanten Staaten, denn die meisten haben seit Jahrzehnten ihre Farbe (Blau= Demokratische Partei, Rot= Republikanische Partei) nicht geändert, einen Vorsprung erzielt. Diese so genannten Swing States sind u.a. Pennsylvania oder Arizona.

Dabei ist zu
berücksichtigen, dass nicht nur viele Menschen von der Wahl direkt, sondern auch indirekt ausgeschlossen sind und gleichzeitig das Wahlsystem auch unter bürgerlichen Maßstäben ungerecht und undemokratisch ist. Am Ende entscheiden nicht nur einfache Worte, sondern auch einfache Mehrheiten, die dann durch Wahlmänner(!)

abgebildet werden. Im Winner-takes-it-all-Prinzip könnte es sein, dass 49% der Wähler_Innen unsichtbar gemacht werden, weil sie als Unterlegene nichts abbekommen.

Auch gewählt
wurden Sitze im Senat und im Repräsentantenhaus, das in demokratischer Hand bleibt. Auch wenn Biden vereidigt wird, stehen ihm aber möglicherweise der Senat sowie definitiv der Supreme Court entgegen, der seine Chance auf „Reförmchen“ weiter schwinden lässt. Gewonnen ist in den USA eben nicht zwangsläufig gewonnen.

Die Krise nach
der Wahl kommt so oder so.

**Welche
Auswirkungen hat die US-Wahl für die amerikanische und internationale Arbeiter_Innenklasse?**

Die globale
Hegemonie der USA ist nur noch ein Traum jener, die die letzten 30 Jahre im Winterschlaf verbracht haben. China, Russland und die EU sind längst Blöcke, die zumindest mitreden wollen, wo als nächstes einmarschiert wird. Es könnten ja potenzielle Bündnispartner_Innen (aka Syrien) oder Länder sein, aus denen sich dann Geflüchtete in die EU aufmachen (wieder Syrien). Biden als Präsident wird wahrscheinlich noch mehr als Trump ins Schwimmen zwischen den Interessen des Kapitals kommen, das sich daran gewöhnt hat, international eine Rolle zu spielen. Eine Rolle, die gerne auch militärisch verteidigt wird. Sein Fokus wird sein, die alte Ordnung aus diplomatischen und strategischen Beziehungen wiederherzustellen. Die Frage ist, wie sehr diese Ordnung nicht vorher schon am Ende war.

Im Inneren
tatsächlich etwas zu verändern, wenn er das denn überhaupt möchte, wird auch schwer werden. Trump hat eine konsequente Politik der Verneinung der Interessen der Unterdrückten gefahren und sie

verhöhnt und an den Rand getrieben, wo es nur ging. Biden wird wohl eher versuchen, durch Augenwischerei und kleine Reförmchen „das Land zu einen“, ohne dabei dem Kapital auch nur den geringsten Schaden zuzufügen. Denn nicht nur der wahrscheinlich mehrheitlich republikanische Senat, sondern nun auch die konservative Besetzung des Supreme Courts werden jedem Angriff auf Kapitalinteressen massiv im Weg stehen. Zu allem Übel gibt es noch den Druck von der Straße durch die extreme Rechte. Leidtragender all dessen wird weiterhin der prekäre Teil der US-Bevölkerung sein. Dies wiederum wird die Polarisierung und Abstieg prekärer Schichten weiter vorantreiben- die Frage ist nur, wie tief es in den USA noch geht, wo im Frühjahr bereits Millionen Menschen durch den Jobverlust das Äquivalent zur Tafel aufsuchen mussten, um überhaupt etwas zu essen zu bekommen.

Von Biden ist
also nicht zu erwarten, dass er die soziale, politische oder wirtschaftliche Krise auch nur befrieden kann. Hinzu kommen noch die Pandemie und die Umweltkrise. Gerade letztere hat nicht nur interne Folgen, sondern auch für die gesamte Welt, da die Klimakrise kein nationales Problem ist und somit auch nicht national gelöst oder ignoriert werden kann. Jedoch wird ein Fortschreiten dieser Krise Migration, Armut und Umweltkatastrophen auch weit über die Grenzen der USA hinaus Auswirkungen haben.

Unsere
Perspektive: Verbesserung braucht die Macht von Unten!

Trump war nicht
der Präsident der Minderheiten, nicht der Präsident der Frauen*. Zieht man dann noch die jugendlichen Massen auf der Straße ab, die sich gegen die Stimmabgabe entschieden haben, bleibt nur ein kleinerer weißer Teil, deren Präsident Trump war und weiterhin als Ideal bleiben wird. Doch Biden ist nicht der Heilsbringer. Er repräsentiert den rechten Flügel der demokratischen Partei, die schon immer kapitalfreundlicher und rechter als europäische bürgerliche Arbeiter_Innenparteien war. Er ist kein progressiver

Kopf, der sich an die Spitze einer antirassistischen, antisexistischen und sozialen Bewegung setzen könnte. Niemand, der diejenigen im Land abholt, die die letzten Jahre und Jahrzehnte gelitten haben unter der Politik, die überhaupt erst den Boden für den Aufstieg eines Trumps geschaffen hat.

Die Spaltung der Arbeiter_Innenklasse begründet sich nicht auf der rassistischen Politik Trumps, sondern den Auswirkungen der Krise von 2008 und somit systemimmanenten Spaltungsmechanismen. Man kann also nicht darauf vertrauen, dass sich der Kapitalismus von selbst wieder zum Guten richtet. Es brennt und brodelt an alle Ecken und Enden. Eine radikale Kehrtwende ist das Einzige, was den Arbeiter_Innen, Demonstrant_Innen und Unterdrückten in der USA noch bleibt.

Doch die zahlreichen Proteste der letzten Monate sind eine große Hoffnung. Ihnen fehlt bisher nur eine Führung, was nicht zuletzt mit der Schwäche und dem niedrigen Organisationsgrad der US-Gewerkschaften zusammenhängt. Dennoch müssen bestehende Strukturen genutzt und die Kämpfe zusammengeführt werden. Geeint ist jede Bewegung stärker! Was den USA fehlt ist eine Arbeiter_Innenpartei. Und zwar keine kleine Zelle, sondern eine, die sich auf den Massen stützt und aus den Massen hervorgeht. Ein stärkendes Moment könnte es sein, durch Massenproteste und Streiks nun Trump, der sich ans Weiße Haus klammert, aus selbigen hinauszubefördern. Im Zuge solcher Proteste entstehen Strukturen, die auch auf Biden Druck ausüben und hoffentlich auch die Frage auf die Tagesordnung setzen können, ob wir nicht eigentlich eine ganz andere Vertretung brauchen!

Eine Massenpartei, die auf der Grundlage der arbeitenden Bevölkerung dem System Druck macht. Eine Massenpartei, die tatsächlich die Macht des „US-Establishment“ angreift und ihre Interessen durch die eigenen ersetzt. Eine Massenpartei, die sich für Frauen*rechte einsetzt, die rassistische Strukturen der US-Polizei durch gewählte

Arbeiter_Innenmilizen ersetzt und der Massenarbeitslosigkeit anstelle von Fracking o.ä. mit sozialstaatlichen Maßnahmen wie Umschulungsprogrammen in überholten Branchen begegnet.

Wir fordern:

Proteste reichen lange nicht! Für den Aufbau einer revolutionären Arbeiter_Innenpartei!

Brot, Gesundheit
und Frieden für Alle!

Streikt Trump aus
dem Weißen Haus!

Freilassung aller
politischer Gefangener und Demonstrant_Innen!

Was wirklich zählt, aber auf Bundeswehrplakaten nicht steht

Janneck Peschel

Karriere
machen bei der Bundeswehr und richtig gut Geld verdienen: Für manche Jugendliche ein Traum, für die Bundeswehr eine gute Chance, die junge Generation an sich zu binden und für Nachwuchs zu sorgen. Auf Jobmessen, Werbeplakaten, im Internet, der Gamescom oder mit dem direkten Besuch in der Schule wirbt sie, um vermehrt Jugendliche zu erreichen und sie durch vorteilhafte Konditionen zu sich zu geleiten.
So lockt die Bundeswehr mit vielversprechenden Aufstiegsmöglichkeiten und saftigen Gehältern, wodurch sie auf das Interesse von

Schüler_Innen trifft, die um ihre Zukunft im Konkurrenzkampf des Proletariats ungewiss sind.

**Aufrüstung
und deutscher Militarismus**

Zur
Zeit des Kalten Krieges und der bipolaren Welt war Deutschland, hauptsächlich bedingt durch die Teilung, vorwiegend anderen imperialistischen Mächten untergeordnet. Nach dem Ende des Kalten Kriegs und der deutschen Wiedervereinigung entwickelte sich Deutschland allerdings in einem jahrelangen Prozess wieder zu einer führenden imperialistischen Macht – vor allem wirtschaftlicher Stärke. Und obwohl Deutschland auf Platz 8 (mit 51 Mrd. €) im internationalen Vergleich der jährlichen Militärausgaben sind, hinkt die Ausrüstung der Bundeswehr weit hinterher.

**Massive
Werbung und Agitation von Jugendlichen**

Noch
bis 2011 gab es in Deutschland mehr oder weniger eine Wehrpflicht. Aufgrund eines hohen Verschleißes an personellen und finanziellen Ressourcen wurde sie ausgesetzt (nicht abgeschafft!). In einer modernen, hochtechnisierten Armee haben sich die Anforderungen verschoben, sodass man jetzt weniger die Millionen von Menschen braucht, die eine Grundausbildung an der Waffe erfahren haben, dafür mehr und festangestellte Berufssoldat_Innen, die beispielsweise in der Lage sind, Drohnen, Bomber und Panzer zu steuern oder zu reparieren oder als „Militärberater_In“ Einfluss auf fremde Streitkräfte in Krisengebiete zu nehmen. So wurde die Bundeswehr zu einer Berufsarmee, auch wenn sich das im Fall eines großen Krieges, bei der die BRD auch tatsächlich in Gefahr ist, sehr schnell ändern dürfte und die Wehrpflicht wieder in Kraft gesetzt wird. Aber dadurch, dass momentan die Massen nicht mehr gezwungen werden, bei der Bundeswehr schießen zu lernen, sowie Deutschland eine größere

Rolle in der NATO einnehmen will, fehlt es an Rekrut_Innen. Folglich wird verstärkt auf ein anderes Mittel mit dem Zweck gesetzt, neue junge Kräfte für den Militärdienst zu gewinnen und den Machthunger Deutschlands zu stillen: Die altbekannte Werbung!

So präsentiert sich die Bundeswehr auf Werbeplakaten, baut ihre Internetpräsenz aus, öffnet über Jobangebote ihre Tür für Erwerbslose und gibt sich den Schüler_Innen über die Schule oder Jobmessen als zweiter „Freund und Helfer“. Das direkte Werben für die kriegerischen Absichten des deutschen Militärs, welches sich wenig von anderen Armeen unterscheidet, wird allerdings teilweise entschärft und durch die Blume mitgeteilt, um sich mehr Sympathiepunkte in weniger positiv eingestellten Kreisen einzufangen. Trotzdem ist nicht zu vergessen, dass gerade in Zeiten der Krise auch die Radikalisierung in der Bevölkerung zunimmt und mehr Menschen von einem aggressiveren, militärischen Auftreten des deutschen Imperialismus angesprochen werden.

Im Klartext heißt das, man versucht über Werbung neue Militärkader für die Streitkraft des deutschen Kapitals herauszubilden, um den Einfluss auf die internationale Politik zu vergrößern. Dass die Bundeswehr als Parlamentsarmee demokratisch legitimiert erscheint, ändert hierbei nicht das Geringste an dem Fakt, dass die ökonomischen und geopolitischen Interessen der Bourgeoisie im Vordergrund stehen.

Die Darstellung in den Medien

Ein nicht zu ignorierendes Problem für die Außenwirkung der Bundeswehr ist ihre Durchsetzung mit Rechtsextremen, dessen Tendenz sich parallel zum Rechtsruck in der allgemeinen Bevölkerung auch in der Bundeswehr feststellen lässt, aber in einem verschärften Ausmaß. So gibt es mehrere Verbindungen zu verfassungsfeindlichen Organisationen, dem faschistischen

Untergrund und rechtsextremen Chatgruppen. Nach außen erzeugt dies keine gute Wirkung, wenn man bedenkt, dass die Bundeswehr für die Bundesrepublik Deutschland und für angebliche Verteidigung der Menschenrechte und Demokratie steht. Medial erfährt die Bundeswehr durch faschistische Infiltrierung wie auch das Gerücht, die Bundeswehr besäße rückständige und teilweise kaputte Ausrüstung somit meist eine negative Darstellung; z. B. durch die vermeintlich nicht funktionierenden Kampfhubschrauber oder die überalterten Schiffe. Folglich wird hier ebenfalls versucht, das schlechte Bild der Bundeswehr durch Werbung und vermeintliche Aufklärung in Schulen über die Arbeit der Bundeswehr aufzupolieren. Auf Social Media lässt sich ähnliches feststellen: Die schlechte mediale Aufbereitung der Bundeswehr wird mit einem Leitfaden für das Verhalten von Mitarbeiter_Innen zur Stärkung des Rufs durch positives Auftreten übertüncht – wohlgemerkt damit auch die Missstände und Kontroversen.

Soziale
Arbeit im Namen der Bundeswehr

Als
einer der größten Arbeitgeber Deutschlands kann man im Namen der Bundeswehr auch zivildienstliche Arbeit verrichten, in welcher sich der Versuch der Bundeswehr zeigt, sich als Humanitäre Instanz zu präsentieren. Dabei trägt dies indirekt zu einer stärkeren Bindung des Militärs an die deutsche Gesellschaft bei und lässt den deutschen Militarismus in der öffentlichen Darstellung in den Hintergrund fallen. Zuletzt wurden die Soldat_Innen im Land eingesetzt entweder als Unterstützung im Bau von Notkrankenhäusern oder als medizinisches Personal während der Corona-Pandemie. Seltener kommt sie auch zum Einsatz bei Naturkatastrophen wie beim Elbehochwasser 2013. Dabei gibt es, wenn man Wohltätigkeitsarbeit leisten will, zahlreiche Alternativen wie die Durchführung eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder dem Einsatz beim Katastrophenschutz wie dem THW und somit in Institutionen, die auf diese Arbeit vorbereitet und geschult sind, aber im Gegensatz zur Bundeswehr meist

stark unterfinanziert sind.

Des Weiteren ist die Bundeswehr kein Arbeitgeber wie jeder andere, obwohl sie sich gerne so darstellen möchte. Sie bietet den Arbeitnehmer_Innen enorme finanzielle Vorteile wie ein hohes Gehalt plus eine feste Anstellung und anderweitiger Vorteile wie auch ein besseres Ansehen in einigen Kreisen der Gesellschaft. In Zeiten von weiteren verschärften Angriffen auf die Rechte des Proletariats ist dies ein guter Köder, um vermehrt Jugendliche zu gewinnen. Das wird alles aus den Kassen des Staates bezahlt, der es sich gerne einiges kosten lässt, dass er seinen Stand in der Welt ausbaut und dafür die Notlage junger Menschen ausnutzt. Im Endeffekt sorgt die Bundeswehr für viel Leid und gewaltsame Unterdrückung in der Welt. Und zwar nicht nur durch die eigene Waffe, sondern auch indem die Bundeswehr dadurch die imperialistische Weltordnung verteidigt, in der arme Länder ausgebeutet gehören und bei Widerstand mit politischen bis hin zu militärischen Konsequenzen zu rechnen haben. Und das steht auf keinem Plakat und wird auch keiner Soldatin und keinem Soldaten je erklärt.

Wir
als Revolutionär_Innen stehen gegen den deutschen Imperialismus und allen Formen der Werbung für ihn. Der proletarische Kampf muss immer den Kampf gegen das Kapital und dessen Beschützer_Innen wie das Militär beinhalten, um eine klassenlose Gesellschaft zu ermöglichen. Schlussendlich bleibt es auch bei der Bundeswehr als Parlamentsarmee dabei, dass sie im Sinne der deutschen Bourgeoisie agiert und hinter dem „Kampf für Menschenrechte“ ökonomische Interessen versteckt. Wie bereits erwähnt gibt es viele Möglichkeiten sich sozial zu engagieren, ohne sich vom deutschen Imperialismus einspannen zu lassen. Die Bundeswehr ist und bleibt eine bürgerliche Armee!

#ENDSARS: Nigerias Jugendbewegung gegen Polizeigewalt & ihre Perspektive

Vor
circa 2 Wochen brachen in Nigeria im ganzen Land Proteste aus.
Tausende junge Menschen wehren sich gegen die anhaltende und brutale Polizeigewalt, die vor allem von der Sondereinheit „SARS“
ausgeht.
Sie
werfen der „Anti-Überfalleinheit“ wiederholte
Raubüberfälle und Misshandlungen von Zivilist_Innen vor und fordern deren Auflösung. Nach einer Woche heftiger Proteste, in denen auch eine Polizeistation in Flammen aufging, kündigte Nigerias Präsident Muhammadu Buharu an, dieser Forderung nachzukommen. Doch darauf kann
man sich nicht verlassen! Dies ist bereits die 4. Ankündigung dieser Art in den letzten Jahren. Und passiert ist nichts! Die Menschen sind wütend, der Protest richtet sich längst auch schon gegen die Regierung als Ganzes.

Diese
scheint mit der Situation sichtlich überfordert zu sein, denn auch wenn dies von offizieller Stelle geleugnet wird, eröffnete das Militär in Lagos das Feuer auf friedliche Demonstrant_Innen. Sie schossen auf die mutigen Menschen, die sich dem ungerechten und mörderischen System widersetzen. Über 50 Zivilist_Innen wurden mittlerweile im Zuge der Proteste getötet. Die Regierung hat eine Ausgangssperre verhängt, nachdem in Benin fast 2.000 Häftlinge aus einem Gefängnis befreit wurden, doch die Menschen lassen sich nicht einschüchtern und kämpfen weiter! Richtete sich ihr Protest anfangs allein gegen SARS, wurden die Forderungen mittlerweile ausgeweitet. Sie fordern den Rücktritt des Präsidenten und ein Ende der massiven

Arbeitslosigkeit bei gleichzeitig absurd hohen Gehältern der PolitikerInnen. Diese Protestwelle ist vor allem ein Protest der Jugend, denn mit einem Durchschnittsalter von 18 Jahren ist Nigeria die jüngste Region der Welt und Jugendliche leiden besonders unter den prekären ökonomischen Verhältnissen: Nur eine Minderheit der Schul- und Hochschulabsolvent_Innen hat eine Arbeit, von der sie leben kann und Migrationswege in den Rest der Welt sind dank der europäischen Grenzpolitik mittlerweile versperrt. Diese Perspektivlosigkeit einer ganzen Generation hat sich nun in Wut umgewandelt. Dabei ist es sicherlich kein Zufall, dass die politische Krise Westafrikas mit der schwersten Wirtschaftskrise dieses Jahrhunderts zusammenfällt: Durch die enormen Einbrüche im Außenhandel des Ölstaates hat sich die Lebenssituation vieler Menschen noch einmal drastisch verschlechtert. Millionen von Menschen, die vorher knapp über dem Existenzminimum lebten, rutschen nun darunter und die ohnehin hohe Arbeitslosenquote von 27% steigt weiter an. Die Übergriffe der SARS-Einheit haben nun das Fass zum Überlaufen gebracht und eine Jugendbewegung geschaffen, die entschlossen ist, sich nicht länger ihrer Ausbeutung zu beugen und ihre Zukunft selbst gestalten will. Jetzt ist es an der Zeit, den aufgeworfenen sozialen Forderungen eine antikapitalistische Perspektive zu geben und die Massen der Arbeiter_Innen und Student_Innen in Räten zu organisieren. Es darf kein Vertrauen mehr in die Reformen der Regierung gesetzt werden. Stattdessen müssen die AktivistInnen selbst demokratisch über ihre Zukunft entscheiden!

Wir,
von REVOLUTION solidarisieren uns ausdrücklich mit der kämpfenden Protestbewegung in Nigeria! Das Regime, das brutal mit Waffengewalt gegen die eigene Bevölkerung vorgeht muss entmachtet werden und die Verantwortlichen zur Rechenschafft gezogen werden! Für eine demokratische Bewegung der Arbeiter_Innen und Student_Innen, die der Polizeigewalt & der Krise den Kampf ansagt!

Hoch die

internationale Solidarität!